

## SITZ DER GESCHÄFTSSTELLE

Unsere Geschäftsstelle in Husum ist von der Theodor-Storm-Straße 9 nach Osterende 46 verlegt worden. Der Fernsprechananschluß (0 48 41) 24 23 bleibt bestehen. Außerhalb der Geschäftszeit ist der Geschäftsführer Harms unter (0 48 41) 49 02 fernmündlich zu erreichen.

## DER MITGLIEDSBEITRAG FÜR DAS JAHR 1975

Diejenigen Mitglieder, die einen Jahresbeitrag über 2,— DM bezahlen, werden gebeten, den Beitrag für 1975 recht bald zu überweisen.

Konten:           Nr. 13 862 Sparkasse Nordfriesland Husum  
                  Nr. 114 07-206 Postscheckamt Hamburg

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Fritz René Allemann</i> Die nationalen Minderheiten in Europa.....	57
<i>Peter Iver Johannsen</i> Deutsch und Bürger im dänischen Staat .....	69
<i>Paul Hertrampf</i> Als Däne nicht Fremder in der eigenen Landschaft.....	78
<i>Troels Fink (Interview)</i> Die Deutschen haben sich mehr geändert als die Dänen.....	85
<i>E. Lehmann-Leander</i> Noch einmal: „Die Düppeler Chancen“ .....	88
<i>Bericht / Rundgespräch</i> Fünfundzwanzig Jahre Grenzfriedensbund .....	91
Umschau ab Seite 100	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich  
und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund.  
Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge  
zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.*

Geschäftsstelle: Husum, Osterende 46

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

# GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

## EIN GRENZLANDJUBILÄUM

*Es wäre übertrieben zu behaupten, die deutschen Grenzverbände stünden im Scheinwerferlicht des öffentlichen Interesses. Das ist vermutlich gut so, denn worauf es in unserem Jahrhundert ankommt, ist nicht öffentliches Spektakel, sondern sorgfältige, vernünftige Arbeit. Sie wird geleistet vom Deutschen Grenzverein mit seiner umfassenden Büchereiarbeit, mit dem Jugendzentrum auf dem Scheersberg und mit der Akademie in Sankelmark, der man unvernünftigerweise das Worte „Grenze“ genommen hat. Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, die einst als überparteiliche Wählerorganisation zum Schutz gegen die nationalistische Offensive aus dem Norden gebildet wurde, übt im Sozialbereich durch den Betrieb von Kindergärten, Schullandheimen, Schwesternstationen eine segensreiche Tätigkeit aus. Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund ist derjenige Verband, dessen Basis in der Bevölkerung wahrscheinlich am breitesten ist. Ihm gehören zahlreiche aktive Heimatvereine an. Die Heimatpflege auf breiter Ebene ist denn auch sein Bereich. Daneben nimmt der SHHB durch die Patenschaften in der Kontaktpflege zur deutschen Volksgruppe in Nordschleswig einen hervortretenden Platz ein.*

\*

*Der vierte unter den deutschen Grenzverbänden gedachte nun am 12. Mai in Husum seines 25. Gründungstages. Es ist der Grenzfriedensbund, der vor einem Vierteljahrhundert sozusagen im Gefolge der Kieler Erklärung die Grenzlandbühne betrat. Sein Arbeitsgebiet ist einmal die soziale Einzelbetreuung im Grenzland. Dereinst eine enorm wichtige Aufgabe, als vom nördlichen Nachbarn mit materiellen Vorteilen gewinkt wurde. Im Grenzfriedensbund, dessen geistiger Vater wohl der Nordschleswiger Jens Nydahl gewesen ist, wollte man die Gewerkschaften und die politisch links stehenden Bevölkerungskreise*

ansprechen. Kurz, auch dem Arbeiter sollte die Möglichkeit gegeben werden, beim Schutz bedrohten deutschen Volkstums mitzuwirken. Der Grenzfriedensbund steht daher auch seit Anfang an den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie recht nahe.

In der Öffentlichkeit ist der Grenzfriedensbund heute durch die Grenzfriedenshefte bekannt, deren Qualität und Gediegenheit ein erhebliches Stück über alle deutschen und dänischen grenzpolitischen Publikationen hinausragt. Wer das Geschehen im deutsch-dänischen Grenzland und seine Bedeutung für die deutschdänischen Beziehungen überhaupt verstehen will, kommt um die Grenzfriedenshefte nicht herum — auch nicht um die acht deutsch-dänischen Schriften zur Problematik der Nachbarschaft zwischen Nord und Süd. Wir haben es hier mit einer großartigen Leistung zu tun, vor der man allseits im Grenzland den Hut ziehen darf.

\*

Beim Rückblick auf die 25jährige Arbeit des Grenzfriedensbundes besteht auch von deutsch-nordschleswiger Seite aus Grund zum Danksagen. Von Anfang an bis heute bestand zwischen dem Grenzfriedensbund und der Volksgruppe ein vertrauensvolles Verhältnis, das nicht zuletzt durch enge persönliche Beziehungen stets fest verankert blieb. Zu nennen sind die Namen der Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes in den 25 Jahren: Detlef Hansen, Jens Nydahl und Dr. Hans Peter Johannsen, letzterer heutiger Vorsitzender, gebürtiger Tingleffer und Vater des gegenwärtigen Leiters des Deutschen Generalsekretariats in Apenrade, Peter Iver Johannsen.

In Husum gaben viele Redner dem Friedensbund gute Ratschläge. Sie fallen auf fruchtbaren Boden, denn es läßt sich natürlich nicht leugnen, daß die Zeit heute anders ist als vor 25 Jahren. Auf der anderen Seite wird man sicherlich auch im Friedensbund wissen, daß die Tendenz unserer heutigen Zeit zu Reformen um jeden Preis vermutlich nicht von Bestand ist. Das „Volldampf voraus“ ist, wie wir wissen sollten, durchaus nicht immer das Heil der Menschen, mindestens so wichtig ist das Wachsen, das Hegen und Pflegen, die zum ruhigen Gedeihen führen.

„Der Nordschleswiger“ am 15. Mai 1975

## Die nationalen Minderheiten in Europa

*Dem nachfolgenden Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, den der Schweizer Journalist auf der 25. Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes in Husum am 10. Mai 1975 gehalten hat und in dem er Thesen eines Referats über das gleiche Thema vor der Deutschen Volksgruppe in Dänemark am 10. November vorigen Jahres aufgriff und weiterführte. Allemann arbeitet gegenwärtig an einer Artikelserie über die nationalen Minderheiten Westeuropas, die später auch als Buch erscheinen soll, sowie — mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk — an einer wissenschaftlichen Untersuchung über dieses Problem.*

Daß die Frage der nationalen Minderheiten nicht nur hier im deutsch-dänischen Grenzgebiet, sondern in weiten Teilen Europas aktuell ist, das brauche ich in diesem Kreise wohl kaum im einzelnen auszuführen. Ein Blick in die Zeitung genügt, Ihnen diese Tatsache in Erinnerung zu rufen. Von Nordirland bis Zypern, von den baskischen Provinzen bis Kärnten, von Schottland bis Korsika werden wir Zeugen von Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen, die sich unterdrückt oder doch bedroht fühlen, und den Staatsnationen, in deren Verband diese Gruppen leben müssen. In vielen Fällen haben diese Konflikte eine gewalttätige Form angenommen; nur in ganz wenigen Fällen ist es gelungen, sie in der Weise zu entschärfen und zum Ausgangspunkt konstruktiver Zusammenarbeit zu machen, wie das hierzulande möglich war.

Tatsächlich hat die Frage nach Schicksal und Zukunft der nationalen Minderheiten in Europa — und ganz besonders in Westeuropa, auf das ich mich bewußt beschränken möchte — in den letzten Jahren soviel Sprengkraft entwickelt, daß sie sich gar nicht länger übersehen oder wegwischen läßt. Nicht zu Unrecht spricht man von einem Aufstand der Minoritäten, die allenthalben nach mehr Eigenständigkeit und autonomen Rechten rufen.

Von manchen Beobachtern wird dieses Phänomen freilich nicht recht ernstgenommen, als romantischer Rückfall oder gar als reaktionäre Nostalgie verurteilt. In einer Zeit, so argumentiert man etwa, in der die Entwicklung eindeutig auf die Bildung größerer Einheiten wie etwa einer politischen Gemeinschaft Europas hinstrebt, wirke es kurios und unzeitgemäß, wenn kleine Völker und Volkssplitter diesem Trend beharrlich widerstrebten und damit das Rad der Geschichte zurückzudrehen suchten.

Das erscheint mir freilich keineswegs als schlüssige Begründung. Ja, das Argument erweist sich schon insofern als abwegig, als ja die nationalen Minderheiten und die Verfechter einer „supranationalen“ europäischen Einheit

durchaus nicht unvereinbare Positionen beziehen. Vielmehr stehen sie beide dem gleichen Gegner gegenüber: dem Nationalstaat und seinem Ausschließlichkeits-Anspruch auf „Souveränität“.

Den Angehörigen meiner Generation und erst recht der Generation unserer Väter ist dieser Nationalstaat vielfach noch so selbstverständlich gewesen, daß er als die natürliche Form politischer Ordnung empfunden wurde. Aber das war ein Irrtum. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Typus Staat um eine ganz junge geschichtliche Erscheinung, und dasselbe gilt für das erst mit dieser Erscheinung in seiner heute üblichen Form aufgetretene Phänomen der nationalen Minderheit. Beide beruhen darauf, daß man den Staat als Ausdruck und Organisation eines bestimmten Volkstums betrachtete. Früheren Zeitaltern jedoch war dieser Gedanke völlig fremd und blieb es bis weit in die Neuzeit hinein.

Noch in der absoluten Monarchie, die dem modernen Staat den Weg bereitete, legte der Herrscher zwar den größten Wert darauf, daß alle seine Untertanen den gleichen Glauben bekantten: die religiöse Einheit erschien nach dem Grundsatz „*Cuius regio eius religio*“ als die unerläßliche Vorbedingung der politischen Geschlossenheit. Wer sich diesem Grundsatz nicht beugen wollte, dem blieb vielfach nichts anderes übrig, als seine Heimat zu verlassen und im gleichgläubigen Ausland Zuflucht zu suchen. „Un roi, une loi, une foi“ hieß ein Wahlspruch der französischen Könige: ein König, ein Gesetz, ein Glaube.

Heute aber, mit der seit der Aufklärung ständig fortschreitenden Säkularisierung, hat sich diese Vorstellung zum mindesten in den pluralistischen Gesellschaften Westeuropas völlig überlebt. Uns kommt es als eine Selbstverständlichkeit vor, daß Protestanten, Katholiken, Juden innerhalb des gleichen politischen Verbandes ohne jede Gefahr für dessen Zusammenhalt nebeneinander und miteinander leben können. Dafür ist aber eine neue Form der Intoleranz an die Stelle der konfessionellen getreten: die völkische und insbesondere die sprachliche (wenn in Nordirland die Katholiken gegen protestantische Bedrückung rebellieren, dann ist das eine jener Ausnahmen, die die Regel bestätigen, ganz abgesehen davon, daß der konfessionelle Gegensatz dort gleichermaßen einen nationalen wie einen sozialen Konflikt in sich birgt). Nicht nur dem Mittelalter, sondern auch dem dynastischen Staat der Neuzeit lag der Gedanke fern, in die Sprachgewohnheiten und überhaupt — abgesehen vom religiösen Bereich — in die kulturellen Traditionen der Beherrschten einzugreifen. Zwar suchten schon die französischen und die spanischen Könige seit dem 16. und 17. Jahrhundert ihrer offiziellen Sprache auch mit administrativen Mitteln ein Monopol im öffentlichen Leben zu verschaffen. Aber wie lässig die darauf zielenden Edikte in der Praxis meist befolgt wurden, davon zeugt etwa die Feststellung, daß das Elsaß 150 Jahre nach seiner Angliederung an Frankreich seinen fast rein deutschen Charakter noch immer bewahrt hatte. Das änderte sich mit der Französischen Revolution

und der Idee von der Volkssouveränität, der sie zum Durchbruch verhalf. Indem sie „das Volk“ zum eigentlichen Souverän und Träger des Staates erhob, bereitete sie dem Nationalstaat modernen Zuschnitts den Weg: als Unterpfand der Identifikation von Volk und Staat erschien nun mehr und mehr die Übereinstimmung von Staatsgrenzen und Volksgrenzen, und die gemeinsame Sprache wurde zum Kennzeichen der Nation erhoben. Daß alle Deutschen in einem deutschen, alle Italiener in einem italienischen, alle Polen in einem polnischen Staat verbunden sein müßten, wurde nun in den Rang eines alleinseligmachenden politischen Glaubensartikels erhoben. Nur wenige Staaten — wie etwa die österreichisch-ungarische Monarchie bis 1918 und mit mehr Erfolg die Schweizerische Eidgenossenschaft — stemmten sich auf die Dauer diesem Zug der Zeit entgegen, und selbst sie kamen nicht um schwere Konflikte zwischen ihren verschiedensprachigen Bestandteilen herum, die das Habsburgerreich schließlich zerstörten und selbst meine schweizerische Heimat zeitweise in ernste Krisen stürzten.

Da dieses Prinzip aber in der Praxis weder überall verwirklicht war noch auch nur ohne schwerwiegende Konsequenzen (oder überhaupt) verwirklicht werden *konnte*, bemühte sich der Staat mehr und mehr, die erstrebte ethnische Einheitlichkeit mit allen Mitteln des Druckes oder der Lockung künstlich herzustellen, indem er die Bürger anderer Sprach- und Volkszugehörigkeit zur Angleichung an das herrschende Staatsvolk bewog, das heißt, eine systematische Assimilationspolitik betrieb. Andererseits aber arbeiteten die nationalen Regierungen heimlich oder offen daran, Teile des staatstragenden Volkes, die außerhalb ihrer Grenzen verblieben, zu sich „heimzuholen“: in ihren Augen handelte es sich dabei um „unerlöste Brüder“ und daher — nach dem italienischen Wort für „unerlöst“ — um einen Gegenstand der *Irredenta*.

Die stete Angst vor der irredentistischen Propaganda des einen oder anderen Nachbarn aber führte nun ihrerseits wieder dazu, die Rechte der nationalen Minderheiten auf Pflege ihrer Eigenart weiter in Frage zu stellen und die Assimilationspolitik zu verschärfen. Das geschah auch dort, wo — wie im Elsaß vor 1870 und nach 1918 — am Patriotismus dieser Minderheiten und ihrer Ergebnisse gegenüber dem Staat, in dem sie lebten, nicht der geringste Zweifel möglich war (auch jene Elsässer, die zäh am angestammten Dialekt und an der deutschen Hochsprache festhielten, fühlten sich *politisch* durchaus als Franzosen) oder wo sie, wie bei den Bretonen in Frankreich und den Basken in Spanien, überhaupt kein Gegenstand ausländischer territorialer Ansprüche sein konnten. Einen zusätzlichen Impuls erhielt diese Tendenz in dem Maße, in dem sich innerhalb Westeuropas allmählich der demokratische Gedanke und mit ihm die Idee der Mehrheitsherrschaft durchsetzte. Die Ansicht, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen habe, gehört zweifellos zu den Fundamenten der Demokratie.



Sie hat auch ihren guten Grund dort, wo eine Partei oder Bewegung, die sich zunächst in der Position einer Minorität befindet, immer hoffen kann, durch geduldige Überzeugungsarbeit einen wachsenden Teil der Bürger zu sich herüberzuziehen und damit irgendwann einmal zur Mehrheit zu werden. Wo es aber um die Existenz kleiner ethnischer Gruppen und Gemeinschaften innerhalb eines Staatsverbandes geht, die zur permanenten Rolle einer *nationalen* und daher unveränderlichen Minderheit verurteilt sind, kann diese Regel nicht gelten, weil sie die Betroffenen hilflos dem Despotismus der nationalen Majorität ausliefern würde.

Das ist besonders dort der Fall, wo der Staat straff zentralistisch aufgebaut ist, also überhaupt keinen Platz für lokale und regionale Eigenständigkeiten läßt.

Frankreich, Spanien, Italien bieten Musterbeispiele eines solchen rigoros einheitsstaatlichen, auf eine alles beherrschende Zentrale ausgerichteten Aufbaus. Aber auch das wilhelminische Preußen und selbst Großbritannien, die immerhin eine ausgebaute Selbstverwaltung kannten, setzten sich ähnlich großzügig über die Interessen ihrer Minderheiten hinweg.

Dabei konnte selbst ein so elementares Menschenrecht wie das der Gleichheit vor dem Gesetz zur Waffe dieser Assimilationspolitik umgeschmiedet werden: formal gleiche Behandlung konnte durchaus bedeuten, daß die ohnedies benachteiligte Minorität zwangsläufig ins Hintertreffen geriet. So diente dieses Prinzip etwa der staatlichen Schulpolitik dazu, allen Teilen des Landes unbekümmert um die lokalen Verhältnisse und Traditionen die gleichen Lehrprogramme und Lehrziele vorzuschreiben und damit beispielsweise die regionalen Sprachen völlig aus dem Schulunterricht auszuschließen. Oft wurde das freilich auch mit ausgeklügelten Maßnahmen verbunden, die einen durchaus diskriminatorischen Charakter trugen — so etwa, wenn Kinder bestraft oder vor ihren Kameraden lächerlich gemacht wurden, weil sie während des Unterrichts oder sogar auch bloß in den Pausen redeten, wie ihnen der Schnabel gewachsen war, also „Dialekt“ oder „Patois“ sprachen — wobei unter diesen Begriff selbst Idiome mit altherwürdiger literarischer Tradition wie das Okzitanische in Frankreich, das Katalanische in Spanien oder das Walisische in England fielen. Und nicht überall sind diese Gepflogenheiten seither überwunden worden.

Auch Wilsons Parole vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ führte nicht weiter. Die Sieger benützten sie nur zur Schwächung der Besiegten, lebten ihr aber selbst keineswegs nach. Die Zerschlagung Österreich-Ungarns, des Osmanischen und des Russischen Reiches ließ eine Fülle neuer Nationalstaaten entstehen; da aber zumal in Ost- und Südosteuropa eine reinliche geographische Scheidung der Nationalitäten gar nicht möglich war, waren diese Gebilde selber mit Minderheiten belastet, mit denen sie oft noch rücksichtsloser verfahren, als früher mit ihnen verfahren worden war. Und außerdem war ihre Unabhängigkeit von kurzer Dauer:

der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und die Konsolidierung des Bolschewismus in der Sowjetunion bereiteten ihr bald wieder ein Ende. Die gewaltigen Versuche des Dritten Reiches zur Unterwerfung und dauernden Verklavung fremder Völker wiederum führten im Rückstoß schließlich zur Vertreibung von Millionen Deutschstämmiger aus ihren jahrhundertealten osteuropäischen Siedlungsgebieten im Namen einer ethnischen „Flurbereinigung“, die in Wahrheit nur das äußerste Extrem des nationalen und imperialistischen Herrschafts- und Ausschließlichkeitswahns war und sein grausiges Instrumentarium vom Hitlerismus übernahm.

\*

Erst wenn wir uns diese hier nur skizzenhaft angedeutete Geschichte vor Augen halten, können wir uns einer Antwort auf die Frage nähern, die mir hier gestellt worden ist: wie es denn nun um die Zukunft der nationalen Minderheiten wenigstens im freien Teil Europas stehe und wie sich ihr ungestümes Verlangen nach Selbstverwaltung und Selbstverantwortung denn nun eigentlich zu der Entwicklung auf einen engeren europäischen Zusammenschluß hin verhalte.

Ich habe schon gesagt, daß ich zwischen diesen beiden Tendenzen keinen Widerspruch sehe, ja daß sie sogar nach meiner Meinung in einem engen Zusammenhang miteinander stehen. Das läßt sich leicht einsehen, wenn wir uns vor Augen halten, daß in einem politisch geeinten (West-) Europa das krampfhaft Bestehen auf der Geschlossenheit der einzelnen Nationen seinen Sinn ebenso verliert wie sein Gegenstück: das gefährliche Spiel mit dem Irredentismus. Wer den Nationalstaat in ein größeres Ganzes eingliedern und dadurch überwinden will, wie dies das Ziel der europäischen Bewegung ist, der sieht sich logischerweise dazu gedrängt, auch sein überkommenes inneres Gefüge zu verändern: eine Föderation nach oben und ein starrer Zentralismus nach unten vertragen sich nun einmal schlechterdings nicht.

Niemand weiß das besser als die Angehörigen der nationalen Minderheiten selber, deren maßgebende Organisationen gerade aus diesem Grund mit besonderer Entschiedenheit und Konsequenz für die europäische Sache eintreten. Denn sie wissen: ein europäischer Bund kann ganz gewiß nicht — wie das etwa de Gaulle befürchtet hat — auf Gleichmacherei und der Vermischung und Vermantschung nationaler Individualitäten beruhen. Ganz im Gegenteil: er setzt die Anerkennung ethnischer und kultureller Vielfalt voraus. Und eben darum wird und muß er die Voraussetzung dafür schaffen, daß in seinem größeren Rahmen auch Eigenart und Lebensrecht der kleinen Völker und Volksgruppen im Bereich seiner Gliedstaaten gewahrt, geachtet, geschützt und gefördert werden. Insofern steht die Ausdehnung von Autonomierechten für solche Gruppen, ihrer Selbstverwaltung in kulturellen, sprachlichen, schulischen und vielleicht auch manchen anderen Angelegenheiten durchaus im Einklang mit der

Zusammenfassung der europäischen Kräfte, ja sie erscheint geradezu als deren unerläßliche Entsprechung. Darum ist die Alternative von föderativer Europäischer Union einerseits, „Europa der Vaterländer“ andererseits grundfalsch. Und erst in einer solchen umfassenderen übernationalen Ordnung können die nationalen Minderheiten — ganz besonders die an den Grenzen zwischen zwei Staaten und zwei Volkstümern — auch zu dem werden, wozu sie eigentlich bestimmt sein könnten: zu einem Bindeglied zwischen der Nachbarvölkern, statt zu einem Zankapfel zwischen ihnen.

Das sind, in knappen und notwendigerweise allzu verkürzenden wie allzu abstrakten Umrissen, etwa die Thesen, die ich vor einem halben Jahr in Tingleff entwickelt habe (und die in ausführlicherer Fassung in der Zeitschrift „Nordfriesland“ erscheinen). Aber es liegt mir doch daran, gerade vor Ihnen, wo ja nicht das Interesse für die Minderheiten erst geweckt werden muß, auch ein paar weitere Aspekte des Problems wenigstens anzudeuten.

Der erste ergibt sich aus der Erkenntnis, wie steinig der Weg zu diesem kommenden Europa ist, von dem ich bisher gesprochen habe, als gehe die Entwicklung unweigerlich darauf hin. Hier scheint zum mindesten eine Warnung angebracht. Denken wir heute an die Hoffnungen zurück, mit denen vor einem Vierteljahrhundert die Anregung des französischen Außenministers Robert Schuman begrüßt worden ist, aus der dann die europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft hervorging, dann können wir zwar bedeutende praktische Fortschritte jedenfalls auf dem wirtschaftlichen Felde seit diesen Anfängen verzeichnen. Aber seit mehr als einem Jahrzehnt ist das Einigungswerk selbst im ökonomischen Bereich ins Stocken geraten — und nirgends gilt es so sehr, daß Stillstand dem Rückschritt gleichkommt, wie bei der Schaffung eines größeren Europas —; das Vertrauen in die europäische Zukunft ist weithin einer lähmenden (und gewiß nicht unberechtigten) Skepsis gewichen, und von dem Elan europäischen Aufbauwillens ist so gut wie nichts mehr übriggeblieben.

Das hängt damit zusammen, daß sich der schon überwunden geglaubte Nationalstaat als ungleich zäher, lebenskräftiger oder doch lebenswilliger erwiesen hat, als wir das in unserm Enthusiasmus der frühen Nachkriegszeit annahmen. Und erst recht gilt das, wenn wir an die ungleich größere und schwierigere Aufgabe einer politischen Union denken. Ich muß mir daher selber die Frage stellen, ob ich nicht, wenn ich die Lösung der Minderheiten-Probleme gleichsam schon greifbar vor mir sah, einem gefährlichen Fehlschluß erlegen bin: daß die Einigung Europas einfach deshalb kommen *werde*, weil sie kommen *müsse*. Darum lassen Sie mich eines sehr nachdrücklich unterstreichen: Die Zukunftsperspektive, die ich hier anvisiert habe, ist nicht mehr als eine *Möglichkeit*: eine Chance, die wahrgenommen, aber auch verpaßt werden kann. Es wäre verhängnisvoll, darauf wie auf eine Gewißheit zu bauen.

\*

Um so notwendiger scheint mir aus diesem Grunde eine weitere Mahnung. Es kann sich heute nicht darum handeln, am Reißbrett ein ideales Europa zu konstruieren, wie es uns vorschweben mag, sondern das mögliche, einigermaßen aussichtsreiche — wenn auch mit noch so viel Kompromissen und Unzulänglichkeiten — anzusteuern.

Das müssen sich nicht zuletzt die Minderheiten vor Augen halten. Manche ihrer Vorkämpfer — und darunter so hervorragende Geister wie etwa der französische Professor Guy Héraud, der sich in vorbildlicher Weise für die Bedürfnisse der bedrängten Volksgruppen überall in der Welt eingesetzt hat — hängen dem schönen Traum von einem Europa nach, das nicht etwa aus einer bloßen Addition der bestehenden Nationalstaaten (und sei es unter einer übergeordneten übernationalen Autorität) bestehen soll, sondern aus einer radikalen Neugliederung seiner Bestandteile nach ethnischen und sprachlichen Gesichtspunkten: einem „Europa der Regionen“ also, das nicht ohne eine radikale Zerschlagung der derzeitigen staatlichen Strukturen zustande kommen könnte.

Ich gestehe offen, daß ich, als Schweizer, Föderalist und meinetwegen auch Partikularist genug bin, um an einem solchen Gedanken Geschmack zu finden. Warum soll in einer europäischen Föderation nicht auch ein eigenständiges Baskenland oder Elsaß oder Okzitanien, ja warum nicht ein Bayern oder Schleswig seinen Platz als Bestandteil eigenen Rechts und selbständigen Zuschnitts finden? Nur: so verlockend dieses Zukunftsbild auch erscheinen könnte, wenn man es abstrakt betrachtet, so utopisch ist es, und so sehr müssen wir uns über seine tiefe Fragwürdigkeit Rechenschaft ablegen.

Jedes solche Vorhaben wäre schon deshalb unreal, weil es die ohnedies starken Widerstände gegen die Verwirklichung Europas ins Unermeßliche steigern müßte. Geht man aber davon aus, daß der europäische Bundesstaat tatsächlich kommen werde, dann kann es in seinem Rahmen doch nicht darum gehen, neue — und sei es theoretisch noch so perfekte — Grenzen zu ziehen, sondern nur, dafür zu sorgen, die vorhandenen Grenzen so durchlässig und offen wie möglich zu gestalten. Das andere Verfahren kommt mir wie müßige Gedankenspielererei vor. Erinnern Sie sich doch nur daran, wie hoffnungslos selbst innerhalb der Bundesrepublik die territoriale Neugliederung steckengeblieben ist, obwohl sie doch im Grundgesetz vorgeschrieben wird und obwohl sie als eine durchaus sinnvolle Aufgabe erscheinen kann. Wenn sich schon hier eine Flurbereinigung als unmöglich erweist, weil sie allenthalben auf eingessene Interessen und Machtpositionen stößt, so wäre das im größeren und komplizierteren europäischen Bereich noch viel mehr der Fall.

Denn was immer wir gegen den Nationalstaat einzuwenden haben — eines läßt sich doch ganz gewiß nicht leugnen: daß die bestehenden Staatsgebilde, die in

ihrer überwältigenden Mehrzahl diesem Typus angehören, auf eine ungleich ältere Tradition zurückgehen und daher auch eine weit größere politische Prägestkraft entwickelt haben als die deutschen Länder, die einst von Napoleon und später nach 1945 von den drei westlichen Besatzungsmächten höchst eigenwillig zurechtgeschustert worden sind. Die lange Zusammengehörigkeit in einem gemeinsamen Verband hat unter ihren Bürgern — auch denen unterschiedlicher Sprache und selbst jenen, die höchst unfreiwillig in diesen Verband eingetreten sind — Bindungen geschaffen, die sich nicht einfach negieren lassen, einen Fundus von gemeinsamen Erfahrungen und Erlebnissen, mit denen der Politiker einfach zu rechnen hat.

Natürlich ist es dringend erforderlich, die starren zentralistischen Strukturen zu überwinden und für die Verschiedenheiten der Regionen und ihrer Bewohner neue, ihrem Wesen besser angepaßte, von unten nach oben erwachsende Formen der Selbstverwaltung zu finden. Unsinnig aber und zutiefst unhistorisch wäre es, die nun einmal historisch gewordenen Staaten einfach deshalb radikal in Frage zu stellen, weil sich ihre Grenzen aus mancherlei Gründen nicht mit den Volkstumsgrenzen decken.

Denn auch dieses Volkstum — und darauf möchte ich ganz besonderes Gewicht legen — ist ja nicht eine absolute, unveränderliche Größe, der alles andere untergeordnet werden muß. So wichtig die freie Entfaltung der ethnischen, sprachlichen, kulturellen Eigenart auch ist, so wenig kann sie verabsolutiert und zum *einzig* Maßstab der Politik erhoben werden — womit im Grunde nur der Ungeist des Nationalstaates in neuer Gestalt heraufbeschworen würde. Die politische Ordnung soll diese Güter schützen und gegen Unterdrückung sichern, aber nicht aus ihnen das überhaupt einzige Gut und damit einen Fetisch machen. Vielleicht erscheint es als überflüssig, wenn ich das an dieser Stelle so nachdrücklich betone. Da das erträumte „Europa der Regionen“ nicht die mindeste Chance hat, Wirklichkeit zu werden, liegt die Frage nahe, ob es da überhaupt lohne, sich mit dergleichen Phantasien des langen und breiten zu beschäftigen. Und doch erscheinen sie mir als eine extreme Ausprägung einer geistigen Haltung, die in der Auseinandersetzung über Lage und Schicksal, Aufgabe und Zukunft der nationalen Minderheiten allzu oft zutage tritt: eines für mich beunruhigenden Geistes der Ausschließlichkeit, der sich eben nicht nur bei den herrschenden Majoritäten findet, sondern von dem sich auch die Minoritäten, wenn sie gegen diese Herrschaft aufbegehren, nur zu leicht anstecken lassen.

\*

Natürlich kann man von denen, die sich benachteiligt und unterdrückt fühlen — und es oft genug auch sind — nicht ohne weiteres erwarten, daß sie den ersten Schritt tun. Aber wäre es nicht ihre Sache, wenigstens dort guten Willen und Verständnisbereitschaft zu bekunden, wo ihnen der Staat wirklich

entgegenkommt?

Ich denke dabei an eine kleine, an sich geringfügige, aber vielleicht doch typische Beobachtung, die ich hier im deutsch-dänischen Grenzraum machen konnte und die mir sehr viel zu denken gegeben hat. Es ist gar keine Frage, daß der Status der Minderheiten in Nord- und Südschleswig in mancher Hinsicht als vorbildlich bezeichnet werden darf. Die Überwindung des noch vor zwei Jahrzehnten so erbittert geführten Grenzkampfes durch Vereinbarungen und gesetzliche Regelungen im Geist der Toleranz, der Großzügigkeit und der freundschaftlichen Zusammenarbeit über die Grenze hinweg gehört zu den wenigen Musterbeispielen eines geglückten Ausgleichs. Maßgebende Persönlichkeiten der deutschen Volksgruppe in Dänemark, der dänischen in der Bundesrepublik haben mir das auch unumwunden bestätigt.

Aber wenn dem so ist — wie kommt es dann, daß die Deutschen jenseits der Grenze, die sich doch ausdrücklich und ganz bestimmt aufrichtig als loyale Staatsbürger Dänemarks bekennen, ihre Veranstaltungen zwar unter den Flaggen der Bundesrepublik und Schleswig-Holsteins abhalten, aber dabei keinen Platz für den Danebrog finden — und daß sich die Dänen in Südschleswig genauso scheuen, neben den dänischen Farben auch die schwarz-rot-goldenen der Bundesrepublik zu zeigen? Warum singen sie immer nur die Nationalhymnen des Nachbarlandes, aber nicht die des Staates, dem sie nun einmal zugehören und der ihnen doch eine Vielzahl von Rechten einräumt, von denen andere Minderheiten nicht einmal zu träumen wagen?

Verstehen Sie mich recht: ich gehöre gewiß nicht zu denen, die Symbole überschätzen, und ich habe für Flaggenkult so wenig übrig wie für Nationalhymnen. Es liegt mir auch fern, diese Beobachtungen zu dramatisieren. Aber obwohl ich solchen Dingen kein sonderliches Gewicht beimesse, erscheinen sie mir doch als Hinweis darauf beachtlich, daß das Verhältnis zwischen Staat und Minderheit, Minderheit und Staat auch hierzulande und zu beiden Seiten der Grenze immer noch Symptome einer Verkrampfung erkennen läßt. Und diese Verkrampfung zeigt sich heute auch, ja vornehmlich im Verhalten der jeweiligen Minderheit: weder hüben noch drüben ist sie zu einem wahrhaft entspannten, selbstverständlichen Verhältnis zu dem Staat gelangt, in dem sie lebt und den sie zwar *rational* (d. h. in ihrem Bewußtsein) bejaht, in dem sie aber *emotional* (im Gefühl) noch nicht wahrhaft heimisch geworden ist.

Ein neues Verhältnis zwischen den Völkern, die innerhalb der gleichen Grenzen als Majorität und Minorität nebeneinander leben und miteinander leben *sollten*, setzt aber nach meiner Meinung nicht nur ein Maximum an Rücksichtnahme des Staates auf Eigenart und Bedürfnisse seiner andersvölkischen Bürger voraus, um deren unvermeidliche Benachteiligungen so weit wie möglich aufzuheben oder wenigstens zu kompensieren. Dazu gehört eben auch die Bereitschaft dieser

Minderheit, sich bei aller entschiedenen Wahrnehmung ihrer Rechte und beim unbedingt nötigen Kampf um die eigene Selbstbehauptung doch mit dem Staat, der mit seinem Entgegenkommen auch der ihre zu werden strebt, zu identifizieren. Erst wenn dieser Punkt einmal erreicht ist, können wir wirklich von einer geglückten Lösung des Minoritätenproblems sprechen — hier und anderswo.

Lassen Sie mich dafür noch ein anderes und charakteristisches Beispiel aus einer aktuellen Kontroverse an anderer Stelle anführen, das ebenfalls eine deutsche Volksgruppe betrifft. Ich denke an die Ängstlichkeit, mit der sich die meisten Deutsch-Südtiroler, soweit sie von der Südtiroler Volkspartei repräsentiert werden, gegen den Plan einer zweisprachigen deutsch-italienischen Universität in Trient sträubten. Sicher steckt hinter diesem Widerstand manche böse Erfahrung mit der italienischen Assimilationspolitik und ein keineswegs abwegiges Mißtrauen. Und doch werde ich den Eindruck nicht los, daß dabei auch ein gutes Stück mangelnder Selbstsicherheit zutage tritt. Nicht die ängstliche Abschließung gegenüber der andersvolklichen Umwelt — auch wenn es dieser oft noch an Verständnis, ja selbst an einem Minimum guten Willens fehlt — und nicht der Rückzug ins selbstgewählte Getto kann die Minderheiten auf ihre europäische Zukunft vorbereiten. Die energische Verteidigung des eigenen Erbes sollte kein Hindernis sein, daß eine Volksgruppe auch heute schon die Situation, in die sie nun einmal gestellt ist, für die Aufgabe der Mittlerschaft und der Vermittlung nutzbar macht — auch wenn die Hemmungen und Hindernisse erst im Laufe einer europäischen Entwicklung ganz wegfallen werden. Selbstbehauptung ist eine Notwendigkeit, Selbstisolierung aber eine Gefahr auch heute schon: nur der möglichst allseitige Ausbau auch der *geistigen* Bezüge und Bindungen zum Staatsvolk, das stete Bemühen um einen Brückenschlag ohne jede Verleugnung der eigenen Tradition und Wesensart kann mit der Zeit die bestehenden Spannungen beseitigen helfen und damit auch die Felsbrocken auf dem Weg nach Europa wegrollen.

Lassen Sie mich das in einer allgemeineren Weise formulieren: Die Minderheiten müssen sich bewußt werden, daß sie nicht die Nutznießer der erwünschten (und für sie lebenswichtigen) europäischen Entwicklung sein können, wenn sie nicht bereit sind, diese Entwicklung im Rahmen des Möglichen und selbst unter Akzeptierung gewisser Risiken vorwärtszutreiben und in ihrem eigenen Verhalten vorwegzunehmen, statt sich als Insassen eines nach außen abgesperrten Naturschutzparks zu etablieren.

Dazu gehört auch eine klare Stellungnahme zu einer Frage, die glücklicherweise im schleswigschen Grenzgebiet überhaupt nicht mehr strittig ist, die aber mancherorts immer noch unbewältigte Schwierigkeiten hervorruft und Anlaß zu bitteren Kontroversen bietet: zu der Frage nämlich, wer eigentlich zu welcher Volksgruppe gehört, das heißt, wer als Angehöriger der Minderheit angesehen

werden darf oder soll oder muß und wer nicht.

Deutsche und Dänen haben sich, wenn ich recht unterrichtet bin, schon vor langer Zeit mindestens darüber verständigt, daß darüber nur der einzelne selbst nach seinem persönlichen Empfinden und Willen entscheiden kann. Zur deutschen Volksgruppe jenseits wie zur dänischen diesseits der Grenze gehört ganz einfach, wer dazugehören möchte und wer sich ihr zugehörig *fühlt*. Natürlich lag es hier besonders nahe, sich an diesem Grundsatz zu orientieren, *weil* ja die ethnischen Übergänge zwischen Deutschen und Dänen ganz besonders fließend sind und sich einer Festlegung nach objektiven Kriterien weitgehend entziehen. Aber ich glaube, daß diese Regel auch über den Sonderfall hinaus im Grunde die einzig wirklich praktikable und dem vielzitierten mündigen Bürger angemessene ist.

Faktisch aber wird sie immer wieder in Frage gestellt. Bald sind es die herrschenden Gewalten, die sich anmaßen, selber darüber zu befinden, wer zur Minderheit gehört — und die das benützen wollen, um die Minorität mit allerhand Taschenspielertricks auf ein Minimum zu reduzieren —, bald berufen sich die Minderheiten selber auf angebliche objektive Merkmale und machen ihren einzelnen Angehörigen die freie Option zwischen Sprachen und Kulturen streitig, weil sie sich nicht nur durch behördlichen Druck von oben, sondern auch durch den spontanen assimilatorischen Sog bedroht fühlen. Ein Beispiel bietet die slowenische Volksgruppe in Kärnten, die kategorisch nichts von einer mit noch so viel Garantien ausgestatteten Erhebung über ihre Zahl wissen will, weil sie ihre numerische Schwäche nicht eingestehen will.

Hier macht sich das Fehlen eines anerkannten europäischen *Volksgruppenrechtes* besonders bemerkbar. Zweifellos brauchen wir ein solches Recht, weil die *nur* individuellen Menschen- und Bürgerrechte, selbst wo sie den Angehörigen der nationalen Minderheiten in vollem Umfang und ohne jede Diskrimination zustehen, für sich allein gar nicht ausreichen, um die Fortexistenz einer Volksgruppe (und zumal einer kleinen) zu sichern. Je kleiner sie an Zahl ist, desto mehr bedarf sie der Nachhilfe und der besonderen Förderung durch den Staat, also, wenn man so will, der Privilegien — eben *weil* die abstrakte Gleichheit vor dem Gesetz, wie ich schon vorher betont habe, faktisch zu einer realen und verhängnisvollen Ungleichheit führen kann.

Aber lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen: Ein solches Volksgruppenrecht kann und darf niemals das Recht des einzelnen in Frage stellen, selber über seine Volkszugehörigkeit zu entscheiden und aus freien Stücken darüber zu befinden, in welcher Sprache er seine Kinder erziehen (und unterrichten lassen) will. Es ist gut und sinnvoll, wenn man Volksgruppen, die aus eigener Kraft ihre gefährdete Existenz nicht ohne weiteres zu erhalten vermögen, bei der Lösung dieser Aufgabe in jeder denkbaren Weise unter die Arme greift. Aber eines kann man nicht: sie künstlich erhalten, wenn bei ihnen selber der Wille zum Fortleben



erlischt. Und am allerwenigsten kann und darf das dadurch geschehen, daß man dem einzelnen die freie Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten abnimmt — auch wenn man es noch so sehr bedauern mag, falls diese Entscheidung zugunsten der Anpassung an die Majorität ausfällt. Es muß auch ein Recht auf Assimilation für diejenigen geben, die sich der Kultur des Staatsvolkes aus freien Stücken, ohne Pressionen und ohne sozialen Druck, einordnen möchten.

Ich möchte das gerade in Ihrem Kreis sagen, weil ich weiß, daß man bei den Mitgliedern des Grenzfriedensbundes nicht erst ausdrücklich für die Sache der Minderheiten plädieren muß. Ich habe mich, obwohl selbst nicht Angehöriger einer ethnischen Minorität, mein Leben lang dieser Sache verbunden gefühlt. Gegen sprachliche, ethnische, nationale oder rassische Diskriminierung genau so anzukämpfen, wie einst die Aufklärung gegen religiöse Intoleranz Front gemacht hat, erscheint mir als eine wesentliche Aufgabe unserer Zeit. Aber eben deshalb hielt ich es für meine Pflicht, Ihnen auch meine Bedenken gegen gewisse Tendenzen in den Reihen der Minderheiten selber nicht zu verhehlen. Denn keine Sache ist so gut, daß sie nicht durch ihre Verabsolutierung oder auch nur Übersteigerung Schaden nehmen müßte. Und diese Gefahr auszuschalten oder doch auf ein Mindestmaß zu reduzieren, daran sollte uns allen liegen.

---

Was ist eine Minderheit?

*ES WAR 1950. In der zweiten Klasse einer Flensburger Volksschule ist Rechenstunde. Die Kinder sollen bei „ein gekleideten Aufgaben“ erkennen, welche Rechenoperation nötig ist, z.B. „sparen“ — zuzählen, „verlieren“ — abziehen. Bei der Aufgabe: „Vermindere 20 um 8!“ kommt keine Antwort. Offenbar ist das Wort „vermindern“ unbekannt. Die Lehrerin fragt: „Habt ihr sonst schon mal irgendwas von vermindern gehört? Vielleicht hilft uns das.“ — Nachdenkliches Schweigen. Schließlich meldet sich strahlend die kleine Anke: „Ich weiß, ich weiß: Da muß man zuzählen!!! Wir sind in der „Minderheit“, und da kriegt man was!“*

Beim Durchblättern des Grenzfriedensheftes 1/1975 stieß ich auf die Zwischenüberschrift „Was ist eigentlich eine nationale Minderheit?“ Dazu fiel mir ein Erlebnis aus dem Schulalltag 1950 ein, das damals — nacherzählt — unser ganzes Kollegium zum Lachen brachte.

*Annegret Höpner*

# VON DER KONFRONTATION ZUR KOOPERATION

## Die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen von 1955 und die Zukunft des Grenzlandes

*Dies war der Titel einer Tagung der Akademie Sankelmark, die sich mit den Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen, ihren geschichtlichen Voraussetzungen, politischen Zielen und ihrer Bedeutung für das Leben der Minderheiten in der Zeit seit 1955 auseinandersetzte. Nachstehend bringen wir die Vorträge, die sich mit den praktischen Ergebnissen der mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen eingeleiteten Entspannungspolitik und den noch verbliebenen aktuellen Minderheitenproblemen befassen. Sie wurden gehalten von Peter Iver Johannsen, dem Generalsekretär des BdN und Paul-Otto Hertrampf, dem Landessekretär des SSW. Sie geben die Auffassung der beiden Minderheiten wieder und dürften darum des besonderen Interesses unserer Leser sicher sein.*

*Die Red.*

PETER IVER JOHANNSEN

## Deutsch und Bürger im dänischen Staat

*Es ist hier meine Aufgabe, eine Darstellung der Folgewirkungen der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen von 1955 speziell für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig zu geben, wobei ich einen Teil meiner Darlegungen besonders der heutigen Situation der Minderheit widmen werde.*

Aus heutiger Sicht markiert der 29. März 1955 eine entscheidende Wende im Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark und zwischen Deutschen und Dänen in Nord- und Südschleswig. Bis 1955 bestand zwischen Deutschen und Dänen als Folge der Besetzung Dänemarks und der damit verbundenen Ereignisse politisch und wohl auch menschlich eine tiefe Kluft. Das galt weitgehend auch für das Verhältnis der deutschen Minderheit in Nordschleswig zur dänischen Mehrheitsbevölkerung und umgekehrt. Als diese deutsch-dänischen politischen und menschlichen Spannungen quasi auf der Staatsebene in Verhandlungen zwecks Normalisierung des Verhältnisses beider Staaten einmündeten — und zwar unter Einbeziehung der Minderheitenproblematik schlechthin und u. a. durch sie verursacht — da trat hier im Grenzland eine historische Klimawende ein.

Es kam 1955 zur beiderseitigen Abgabe von Erklärungen in bezug auf die Stellung und die Rechte der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum. Diese sind keine Verträge, sondern die schriftlich in besonderer Form vorgebrachte einseitige

Bekanntgabe eines Wollens, das im ungünstigsten Fall bedeutungslos und wirkungslos im Schreibtisch verbleibt oder aber im günstigsten Fall politisch und kulturell lebenswirksam wird. Man kann auf eine solche Erklärung nach eigenem Ermessen reagieren, aber man kann keinen spezifischen Rechtsanspruch im völkerrechtlichen Sinne daraus ableiten. Zwar nehmen die Erklärungen Bezug auf die Grundrechte, die in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bzw. des Königreiches Dänemark verankert sind und spezifizieren sie sogar noch im einzelnen für die Minderheiten. Sie können demnach inhaltlich als erweitertes Grundgesetz für die Minderheiten bezeichnet werden, was aber nicht bedeutet, daß die Minderheitenerklärungen in jedem Fall unmittelbar einklagbares Recht enthalten. Wichtig ist aber, daß sowohl die dänische Regierung als auch die Bundesregierung im Einvernehmen mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung in dem die Minderheitenerklärungen verbindenden gemeinsamen Protokoll die Erwartung ausdrücken, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheiten im Geiste der Erklärungen zu achten und zu wahren. Damit liegen generelle Richtlinien für die Gesetzgebung und die Verwaltung vor, auf die sich die Minderheiten in aktuellen Fällen berufen können.

\*

Die deutsche Minderheit war nicht direkt an den Verhandlungen über die Erklärungen beteiligt, sie hat aber doch in vier Empfehlungen ihre Wünsche bzw. Gesichtspunkte öffentlich zur Kenntnis gebracht. Diese vier Empfehlungen, verabschiedet auf einer Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger am 26. Februar 1955 in Tingleff, bezogen sich in großen Zügen auf

1. Die Schaffung einer Grundsatzerklärung über die Stellung und die Rechte *beider* Minderheiten, entsprechend etwa der Kieler Erklärung von 1949 für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig.
2. Die Schaffung eines deutsch-dänischen Gremiums, bestehend aus Vertretern der beteiligten Staaten und der Minderheiten zur Klärung von Fragen, die das Leben der Minderheiten sowie die Stellung der einzelnen Minderheitangehörigen betreffen bzw. beeinflussen.
3. Die unbeschränkte Einräumung des Rechts auf Examenschulen für die Minderheiten.
4. Die Befreiung der Minderheit von den Nachwirkungen der dänischen Sondergesetzgebung der Nachkriegszeit, die mit rückwirkender Kraft erlassen und nach der das Gros der deutschen Nordschleswiger verurteilt worden ist.

In Verbindung mit diesen vier Hauptempfehlungen wurden eine Reihe von Einzelfragen angeführt, auf die nicht weiter eingegangen werden soll. Die

Empfehlungen der deutschen Minderheit bewegten sich in einem Rahmen, von dem man annehmen konnte, daß ihre Wünsche Berücksichtigung finden könnten — abgesehen von der Frage der Rechtsabrechnung, die man auf dänischer Seite von vornherein nicht berücksichtigen wollte, da man diese Frage als Glied eines innerdänischen Vorganges ansieht, der mit dem Status der deutschen Nordschleswiger als nationale Minderheit nichts zu tun hat. Wobei man sich u. a. auf die Tatsache beruft, daß im Rahmen der Rechtsabrechnung nur für das ganze Land geltende Gesetze erlassen worden sind.

Ebenfalls wurde der von deutscher Seite vorgeschlagene deutsch-dänische Kontaktausschuß von dänischer Seite abgelehnt.

Es ist somit aus der Sicht der deutschen Minderheit noch vieles in der Schwebelage geblieben, aber es wurde doch ein Ergebnis von grundlegender Bedeutung erzielt. Auf der Basis der Gegenseitigkeit hat man auf höchster Ebene versucht, einen Rahmen abzustecken, der den Minderheiten einen Kurs ermöglicht, der ein harmonisches Zusammenleben zwischen den beiden Völkern erleichtern soll. Durch die Schaffung dieser moralisch-politischen Grundlage für die weitere Entwicklung der Minderheiten ist 1955 ein echter Fortschritt erzielt worden, den man sich fünfzig Jahre vorher wohl kaum hätte vorstellen können.

\*

Ich darf hier noch einmal an den Grundsatz der *Kopenhagener* Erklärung erinnern: Allgemein wird von der dänischen Regierung festgestellt, daß die in der Verfassung und der sonstigen Gesetzgebung für jeden Staatsbürger festgelegten Grundrechte selbstverständlich auch für jeden Angehörigen der deutschen Minderheit gelten. In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze ist darüber hinaus ausdrücklich festgelegt:

1. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Angehörige der deutschen Minderheit und ihrer Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden. Der Gebrauch der deutschen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
3. Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.
4. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der deutschen Minderheit zur Ausschubarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.

5. Die dänische Regierung empfiehlt, daß die deutsche Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
6. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern stattfinden.
7. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der deutschen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
8. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, wird anerkannt.

Auch wenn in dieser Erklärung für die deutsche Minderheit das Problem der Rechtsabrechnung von 1945 ausgeklammert worden ist und somit das Problem vieler Menschen hier nicht gelöst und auch nicht gemildert worden ist, kann generell gesagt werden, daß sie einen positiven politisch-psychologischen Effekt auf die Angehörigen der Minderheit gehabt hat. Die Erklärung hat viele von dem psychologischen Komplex befreit, als Angehörige der Minderheit etwas Minderwertiges zu sein. War es doch das erste Mal nach der Katastrophe von 1945, daß die deutschen Nordschleswiger vom dänischen Staat eine ausgestreckte Hand erhielten.

Eines der brennendsten Probleme der deutschen Minderheit war die Examensklausel im dänischen Schulgesetz, nach der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache nicht das Recht hatten, staatlich anerkannte Prüfungen abzuhalten. Das heißt, es war damals nicht möglich, an einer deutschen Schule das Mittelschulexamen oder das Abitur zu machen. Auf etwas längere Sicht gesehen, hätte dieser Zustand die Minderheit geistig aushungern können, konnte man doch schon damals eine bedenkliche Abwanderung deutschen Nachwuchses auf dänische Schulen feststellen. Als Folge der Erklärung von 1955 wurde diese Bestimmung aufgehoben und es konnten daraufhin in den vier nordschleswigschen Städten Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern sowie in Tingleff deutsche Mittel- oder Realschulen mit vollem Examenrecht eingerichtet werden. Voll erfüllt wurden die Wünsche der deutschen Minderheit, als im Jahre 1959 das Deutsche Gymnasium in Apenrade seine Unterrichtstätigkeit wiederaufnehmen und 1962 die ersten Abiturienten verabschieden konnte. Den Abiturienten des deutschen Gymnasiums in Apenrade ist die Möglichkeit gegeben, sowohl in Dänemark und den übrigen skandinavischen Ländern als auch in Deutschland zu studieren. Darin sehe ich eine echte Erfüllung des Geistes der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

Eine Erörterung der Folgen der Rechtsabrechnung für die deutsche Minderheit hat — da man von dänischer Seite nicht dazu gewillt war — nicht stattfinden können.

Es war aber von sehr großer Bedeutung für die deutsche Volksgruppe, daß zeitlich gleichlaufend und in Verbindung mit den Kopenhagener Gesprächen geklärt und gesichert werden konnte, daß die Bestimmungen der Bundesversorgungsgesetzgebung ab 1. April 1955 auch zugunsten der Kriegsoffer aus den Kreisen der deutschen Minderheit angewandt werden konnten.

Damit sind die in Verbindung mit der Minderheitenerklärung gegebenen konkreten Zusagen eingelöst worden. Das Wirksamwerden der Erklärung selbst hing weitgehend davon ab, wie die Bevölkerung darauf reagierte. Rückblickend darf man heute wohl sagen, daß die dänische Bevölkerung unter Führung von Staat und Verwaltung die Erklärung und den Geist der Erklärung, wenn auch nicht ganz, so doch größtenteils angenommen hat.

Auf einigen Gebieten ist der Geist der Erklärung jedoch nicht erfüllt worden. So hat bisher kein Angehöriger der deutschen Minderheit Beamter in Nordschleswig werden können, wohl aber außerhalb der Grenzen Nordschleswigs. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so auffallend, verhält es sich mit den Angestellten des öffentlichen Dienstes. Dieser Umstand zwingt eine ganze Reihe von Angehörigen der deutschen Minderheit, Nordschleswig zu verlassen, und schwächt somit die Minderheit. Man kann wohl nicht behaupten, daß das dem Geist der Minderheitenerklärungen entspricht. Die Vertreter der Schleswigschen Partei in den kommunalen Räten und Ausschüssen sind in den meisten Fällen als Vertreter der Minderheit wohlwollend gesehen und werden von ihren dänischen Kollegen sehr geschätzt. Daß aber z. B. in der Gemeinde Tingleff — wo die Schleswigsche Partei die stärkste Partei ist — ein deutscher Nordschleswiger zum Bürgermeister gewählt wird, das ist heute noch nicht möglich, aber darin würde ich eine echte Erfüllung der Minderheitenerklärungen sehen.

\*

Im großen und ganzen müssen wir aber anerkennen, daß sich die Minderheitenerklärungen als eine geeignete Grundlage für die Entkrampfung des Verhältnisses der Minderheit zum Staat und zum Mehrheitsvolk erwiesen haben. Der äußere Druck auf die deutsche Minderheit ist verschwunden, und es wurde damit der Weg geebnet für ein positives Verhältnis zum dänischen Staat. Die deutsche Volksgruppe, die schon 1945 dem Staat gegenüber eine Loyalitätserklärung abgegeben und auch die Staatsgrenze anerkannt hat, hat diese Möglichkeit aktiv aufgegriffen und sich bemüht, den neuen Zeitabschnitt in der Minderheitengeschichte durch eine neue Linie mit lebendigem Inhalt zu füllen. Das neue Klima erforderte eine Neuorientierung der Minderheitenzielsetzung, und vor dieser Aufgabe stehen wir auch heute noch und das vielleicht mehr als je zuvor, denn die Minderheiten haben heute einen Feind, der sehr viel gefährlicher werden kann als der Staat, und das ist der Zeitgeist. Deshalb ist es gerade heute

— in einer Zeit, wo der technische Fortschritt uns täglich den Atem raubt, wo man im Zeichen des Wohlstandes festen sozialen Bindungen abgeneigt ist, wo die großen Geschehnisse außerhalb des Grenzlandes und außerhalb Europas oft von sehr viel größerer Bedeutung sind oder zu sein scheinen als die näherliegenden Angelegenheiten — von ganz entscheidender Wichtigkeit, daß wir uns in der deutschen Volksgruppe nicht damit begnügen, nur unsere Existenz zu registrieren, sondern ständig über unser Dasein und unsere Aufgabe zu reflektieren, wenn wir als Minderheit nicht nivelliert oder assimiliert werden wollen.

In diesem Zusammenhang stellt sich für uns die Frage: Wenn wir Nivellierung und Assimilierung nicht wollen, was stellt sich uns heute als unsere eigene politische deutsch-nordschleswigsche Aufgabe? Sind wir eine kleine, antiquierte Gruppe, die nur dem Alten verhaftet ist, oder sind wir eine aktive demokratische Gruppe, die bei Wahrung ihrer Besonderheit und Eigenständigkeit zur staatsbürgerlichen Mitarbeit im Staate bereit ist?

Ich brauche wohl nicht näher zu unterstreichen, daß wir das erstgenannte weder sind noch sein wollen.

Wir sind als deutsche Minderheit eine durch gleichartige Abstammung und ein gleiches, dem deutschen Kulturkreis zugehöriges Lebensgefühl verbundene Gruppe, die anders ist als alle anderen Lebenskreise im dänischen Staate. Wir sind eine Gruppe, die im Bewußtsein ihrer *deutschen* Identität demokratisch wie andere staatsbürgerliche Gruppierungen an den gesellschaftlichen Aufgaben im *dänischen* Staat mitwirken will und mitwirkt. Damit sind wir eine politisch relevante Gruppe von einer Bedeutung, die sich an Wahl- und Schülerzahlen allein nicht messen läßt, und können eine Reihe von Funktionen auch im zwischenvolklichen Bereich ausüben.

\*

In diesem Sinne hat die deutsche Minderheit in Nordschleswig ihre Zielsetzung in folgenden vier Punkten festgehalten:

1. Aufrechterhaltung und Vertiefung der geistigen und kulturellen Verbindungen zum deutschen Volk ohne Isolierung dem Norden gegenüber.
2. Mitwirkung an den gesellschaftlichen Aufgaben innerhalb des dänischen Staates.
3. Abbau der Bedeutung der Staatsgrenze in allen Lebensbereichen im Sinne europäischer Integration.
4. Mitwirkung an der Entwicklung des deutsch-dänischen Grenzraumes zu einer Kontaktregion mit Erfahrungsaustausch und fruchtbaren Wechselwirkungen auf der Basis von Gleichberechtigung und Chancengleichheit.

Der erste Punkt umfaßt eine ausgesprochen kulturpolitische Zielsetzung, die im Alltag in einer großen Zahl von kulturellen und politischen Aktivitäten der Volksgruppe sichtbar wird. Allein die Tatsache, daß man als Angehöriger einer

Minderheit zweisprachig und in zwei Kulturen aufwächst, betrachte ich als einen großen Wert. Aber wird diese Chance genügend genutzt? Vom einzelnen sicher ja, aber dieser Vorteil wird für die Minderheit als solche viel zu wenig wirksam. Warum haben wir zum Beispiel noch keine deutsch-dänische Grenzlanduniversität, wo ein Teil des intellektuellen Nachwuchses der Minderheiten wirksam eingesetzt werden könnte und damit der Abwanderung der geistigen Substanz der Minderheit entgegenwirken würde? Ist das nicht ein legitimer Anspruch der Minderheiten im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen? Formell haben wir die völlige Freiheit, uns kulturell als deutsche Gruppe zu entfalten. Reell gibt es aber doch Punkte, die nicht mit dem Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen im Einklang sind. Ein typisches Beispiel dafür haben wir in der Büchereigesetzgebung, wo es immer noch nicht gelungen ist, das deutsche Büchereiwesen gleichberechtigt mit den dänischen Büchereien an der Verteilung der staatlichen Zuschüsse zu beteiligen, die die deutschen Nordschleswiger gleichberechtigt mit ihren dänischen Nachbarn als Steuerzahler selbst aufbringen.

In bezug auf den zweiten Punkt der Zielsetzung — die Mitarbeit der Minderheit im dänischen Staat — besteht für die deutsche Minderheit, die sich ja eindeutig zu diesem Staat bekannt hat, kein Zweifel daran, daß sie aktiv an den gesellschaftlichen und politischen Aufgaben im Staat mitarbeitet und mitarbeiten muß. Allerdings bin ich der Auffassung, daß die Minderheit, die ja soziologisch und politisch ein vielschichtiges Gebilde ist, keine politische Partei im klassischen Sinne ist und sein kann. Aber selbstverständlich muß das kulturelle Anliegen der Minderheit der Mehrheit gegenüber auch politisch vertreten werden. Das gilt auf kommunaler Ebene, und das gilt auf Landesebene. Ohne eine politische Vertretung würde die Arbeit der Minderheit auf die Dauer gefährdet sein.

Gerade die Diskussion um die parlamentarische Vertretung der Minderheit spielt bei uns in Nordschleswig augenblicklich eine große Rolle. Von 1953 bis 1964 war die deutsche Volksgruppe durch ein Direktmandat der Schleswigischen Partei im Folketing vertreten. 1964 scheiterte sie an der Sperrklausel im dänischen Wahlgesetz, die entgegen der Regelung, wie sie 1955 in Schleswig-Holstein für die dänische Minderheit getroffen wurde, auch gegen die Partei der deutschen Minderheit angewandt wird. Der Grundsatz der Gegenseitigkeit der Erklärungen von 1955 kam jedoch zur Geltung, als die dänische Regierung nach Verlust des deutschen Mandats 1964 einen Kontaktausschuß schuf, in dem die deutschen Nordschleswiger ihre Wünsche vortragen können. Dieser Ausschuß ist jedoch immer nur als Übergangslösung betrachtet worden. Bei den letzten Wahlen zum Folketing im Dezember 1973 und im Januar 1975 hat die Volksgruppe auf Grund eines Abkommens mit der Partei der Centrum-Demokraten die Sperrklausel im dänischen Wahlgesetz umgangen und ist seitdem durch Jes Schmidt im Folketing



vertreten. Wir betrachten jedoch auch diese Form der parlamentarischen Vertretung nicht als eine endgültige Lösung und meinen weiterhin, daß wir einen legitimen Anspruch auf eine parlamentarische Vertretung in irgendeiner Form haben. Es liegt seit 1965 ein Vorschlag der Volksgruppe zu einer Änderung des Wahlgesetzes vor, der bisher aber keine Berücksichtigung gefunden hat. Sicher ist dies eine Frage, die nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in Zusammenarbeit mit der dänischen Minderheit gelöst werden könnte. Auf jeden Fall meine ich, daß bald eine Lösung gefunden werden muß, da es nicht Sinn der Volksgruppenarbeit sein kann, sich jahrelang mit diesen technischen und juristischen Fragen zu beschäftigen, wobei die eigentliche Arbeit viel zu kurz kommt.

Im dritten Punkt unserer Zielsetzung ist eine eindeutige Bejahung des europäischen Gedankens zu sehen. Wir begrüßen die europäische Integration, stehen aber auf dem Standpunkt, daß man international nur denken und arbeiten kann, wenn man gleichzeitig national — ohne daß dieser Begriff mißverstanden werden soll — denken und arbeiten will. Ich sehe das Nationale heute als einen Wert gesellschaftlichen Lebens neben anderen Werten, und ich würde es sehr bedauern, wenn es sich nicht mehr lohnen würde, nationale geistige Werte zu erhalten. Gerade unter dem europäischen Aspekt kommt den Minderheiten Bedeutung zu, indem sie mitwirken können, ein Europa der Völker von unten her aufzubauen. Die deutsche Minderheit ist 1972, als es um den Beitritt Dänemarks zur EG ging, aktiv für ein Ja zu Europa eingetreten, und wie Sie vielleicht erinnern, lag der Anteil an Ja-Stimmen in Nordschleswig mit am höchsten in ganz Dänemark. Selbstverständlich hat da nicht nur das Politische eine Rolle gespielt, sondern sehr stark auch das Wirtschaftliche, wo die deutsche Minderheit zusammen mit der dänischen Mehrheit dafür eingetreten ist, wirtschaftlich nicht in eine Randlage zu gelangen. Gerade die Bedeutung der Minderheit im europäischen Zusammenhang wird auch vom Staat immer wieder bestätigt. Das bedeutet aber auch, daß er den Preis zahlen muß, den Minderheiten nun einmal kosten. Die Minderheitenfrage ist eine politische Frage, die ihren Preis hat.

In bezug auf den vierten Punkt unserer Zielsetzung — das Mitarbeiten an einer Entwicklung der Grenzregion — liegt eine ganz konkrete Aufgabe vor, an deren Lösung mitzuwirken wir interessiert sind, indem wir meinen, daß wir auf Grund der Dinge, wie sie sich hier im Grenzland nun einmal entwickelt haben, besondere Voraussetzungen dafür mitbringen. Insbesondere können hier unsere Kontakte, die wir auf beiden Seiten der Grenze haben, von Nutzen sein. Wir sind der Ansicht, daß die Minderheiten in dieser Verbindung auch von den Bestimmenden zur Mitarbeit herangezogen werden müssen. Das scheint uns manchmal vergessen zu werden.

Ich möchte an zwei Beispielen verdeutlichen, was ich meine: Ich habe dieser Tage eine Zeitungsnotiz über die ersten Planungen der Flensburger Tage 1976 gelesen,

und ich darf daran erinnern, daß die deutsche Volksgruppe bereits seit 1954 dem Gedanken dieser Veranstaltung sehr aufgeschlossen gegenüberstand. Ich meine, daß es auch im Sinne einer solchen Veranstaltung liegen muß, zu zeigen, daß beide Volksgruppen vorhanden sind und daß sie diesen Raum mitprägen. Vorläufig habe ich in den Programmentwürfen dafür noch keine Anhaltspunkte finden können. Wir wären dankbar für eine Erweiterung in dieser Richtung, die ganz prinzipiell den Minderheiten Gelegenheit geben würde, hier an der Tradition und dem künftigen Gesicht dieses Raumes mitzuwirken.

Ein zweites, mehr hypothetisches Beispiel: Wenn es zum Beispiel einen Planungsausschuß für eine echte Grenzland-Universität gäbe, würde es sich anbieten, daß die Minderheiten als beratende Mitglieder in einem solchen Ausschuß vertreten wären.

Aus den hier angeführten Beispielen wird deutlich, daß sich auch heute durchaus Funktionen für die Minderheiten ergeben, für die sie besondere Voraussetzungen mitbringen. Das bedarf natürlich auch der Anstrengungen von seiten der Minderheit. Wir werden nur weiterhin ein prägender Faktor im Grenzland sein, wenn wir es selbst wollen und wenn es uns gelingt, die Initiative und das Selbstbewußtsein in der Volksgruppe weiterhin zu mobilisieren, und wenn es uns gelingt, so starke innere Integrationskräfte zu entwickeln, daß die Volksgruppe auch weiterhin zusammenhält.

\*

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind ein Geschenk an die Bevölkerung des Grenzlandes. Das sollte man ruhig sagen. Sie wurden bisher dadurch wirksam, daß die Bevölkerung sie im Alltag akzeptierte und im Alltag verwirklichte. Ich meine, daß wir alle — Staatsvolk und Minderheiten — weiterhin diese Bekundung staatlichen Wollens im Grenzland dadurch honorieren müssen, daß wir de facto und sichtbar als Deutsche mit dänischem Paß und als Dänen mit deutschem Paß ein ganz normales Leben als Bürger unserer Staaten führen sollten. Honoriert die Bevölkerung in diesem Sinne die geschichtliche Bedeutung dieser Erklärungen, werden die Minderheiten sich weiter frei entfalten können. Auf der anderen Seite dürfen die Staaten ihr Werk nicht als vollendet ansehen. Es gibt aus heutiger Sicht auf dem Gebiet der parlamentarischen Vertretung einer nationalen Minderheit noch einiges zu überlegen, wie auch auf dem Gebiet der finanziellen Förderung der Minderheiten sicher noch einiges aus rein prinzipiellen Erwägungen getan werden könnte und auch getan werden muß. Darüber sollte und könnte gesprochen werden im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

## Als Däne nicht Fremder in der eigenen Landschaft

*Es dürfte nicht uninteressant sein, in welchen Punkten in bezug auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und ihre Bedeutung für die Entspannung im Grenzland zwischen dem Vertreter der deutschen und der dänischen Minderheit Übereinstimmung besteht und wo sie differieren bzw. der Blickpunkt ein anderer ist und welche Schlußfolgerungen daraus gezogen werden.*  
Die Red.

Wir sind hier zusammengekommen in dem Versuch, eine Art Bilanz zu ziehen über die zwanzig Jahre, die seit der Veröffentlichung der Bonner und Kopenhagener Erklärungen (1955) vergangen sind.

Fragt man heute Menschen in unserem Grenzland danach, welche Bedeutung sie diesen Erklärungen zumessen, so wird ihre Reaktion auf unsere Frage sehr verschieden ausfallen:

Eine sehr große Zahl der Befragten würde überhaupt gar nicht wissen, wovon die Rede ist. Das ist sicherlich kein Anlaß für uns „insider“, nervös zu werden. Es sollte aber ebensowenig eine — womöglich wünschenswerte oder erwartete — Selbstverständlichkeit sein, die gelassen hinzunehmen wäre. Unwissenheit und Gleichgültigkeit sind sicher nicht die besten Wegbereiter für dauerhafte Lösungen der anfallenden Probleme in einem Grenzland. Sie können meines Erachtens ebenso gefährlich sein wie ein — auch in unserem Grenzland — früher oft gesehener Fanatismus.

Für manche unserer Landsleute, nicht zuletzt wohl in den Reihen der jungen Menschen, sind die hier zur Debatte stehenden Erklärungen wohl in erster Linie geschichtliche Ereignisse ohne erkennbaren Bezug zu der heutigen Zeit. „Durch sie wurde die damalige Minderheitenfrage doch schließlich gelöst“, hört man antworten.

\*

Für manche stehen die Bonner und die Kopenhagener Erklärung heute noch als das sichtbare Zeichen für das Ende persönlich gehegter Hoffnungen und Erwartungen. Auch wenn die dänische Minderheit bis zum heutigen Tage an dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts festhält, wurde doch spätestens mit den Erklärungen der beiden Regierungen 1955 erkennbar, daß alle Vorstellungen über eine Ausübung dieses Rechtes kaum noch zu realisieren seien. Auch diese Gruppe sollten wir an einem Tag wie heute nicht vergessen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang bemerken, daß es mich persönlich immer mit Genugtuung erfüllt hat, zu wissen, daß die Volksgruppe, der ich angehöre, das Selbstbestimmungsprinzip selbst zu einem Zeitpunkt angewendet wissen wollte,

als die Besatzungsmächte der dänischen Regierung andere „Lösungsvorschläge“ unterbreitet hatten.

Für die meisten Menschen aber, denen die Worte Grenzland und Minderheiten mehr bedeuten als Synonyme für Anachronismen, stehen die Begriffe Bonner und Kopenhagener Erklärung wohl in der Tat als ein Signal zum Beginn einer Entwicklung, die zum damaligen Zeitpunkt nicht abzusehen war und deren Perspektiven bis heute noch nicht annähernd ausgeleuchtet sind.

Ich möchte nun nicht in den Fehler verfallen, hier einen historischen Abriss aus der Sicht der dänischen Minderheit zu wagen, der den Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit erhebt. Ich fühle mich dazu in einem Kreise von Persönlichkeiten, die aus Beruf oder Berufung eine sehr viel bessere Kenntnis und Beziehung zu dem bezeichneten Zeitraum haben als ich, nicht kompetent. Es bedarf aber auch keiner längeren Beweisführung, daß für die dänische Minderheit seit den vergangenen zwanzig Jahren im Verhältnis zur Mehrheit völlig veränderte Beziehungen bestehen. Das entscheidende Merkmal dieser Entwicklung ist die nahezu vollständige Entspannung der gegenwärtigen Beziehungen auf allen Gebieten, wie wir sie heute vorfinden.

War also die Reaktion der Sprecher der dänischen Minderheit auf die Bonner Erklärung in den Monaten nach ihrer Veröffentlichung im Jahre 1955 noch eher abwartend oder gar skeptisch, erscheint es mir immerhin bemerkenswert, daß im Grundsatzprogramm des SSW vom Jahre 1968 nicht nur auf das Grundgesetz, sondern ausdrücklich auch auf die Bonner Erklärung Bezug genommen wird. Die damalige Skepsis auf unserer Seite erscheint allerdings auch aus heutiger Sicht noch verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß der damalige Ministerpräsident, Herr von Hassel, in seiner Erklärung vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag 1955 als das wesentliche Ergebnis der Verhandlungen, die zu der Bonner und der Kopenhagener Erklärung führten, folgende Punkte herausstellte:

1. Zum ersten Male sei es zu umfassenden und fruchtbaren Gesprächen zwischen den Regierungen der beteiligten Staaten gekommen;
2. die Rechte beider Minderheiten seien auch in der äußeren Form auf eine gleiche Grundlage gestellt worden;
3. die Frage der Kriegsopferversorgung der deutschen Minderheit sei geregelt worden;
4. für die deutsche Minderheit sei der Ausbau und die Festigung ihres Schulwesens eröffnet worden;
5. die Erklärung könne Wegbereiter sein für die Regelung offener Fragen der Nachkriegsgesetzgebung.

Ich will Ihnen offen sagen, daß ich auch heute noch über diese Fixierung der sogenannten Schwerpunkte erstaunt bin. Es wäre mir natürlich erschienen, *beide*

Minderheiten in den Katalog der wesentlichen Punkte einzubeziehen. Manches Vorurteil auf unserer Seite wäre wohl früher abgebaut worden.

Bei manchen Gelegenheiten ist in der Folgezeit konsequent die Bonner Erklärung als das besondere „Grundgesetz“ für uns bezeichnet worden. Diese Bedeutung hat die „Kieler Erklärung“ als „Vorgängerin“ der Bonner Erklärung nie gehabt, obgleich in den wesentlichen Aussagen eine nahezu völlige Identität besteht. Diese Tatsache war sicher überwiegend vom Faktor der Zeit bestimmt. Mit anderen Worten: Die Zeit bis zur Bonner Erklärung war einfach noch nicht reif, um der Kieler Erklärung den Rang zu verschaffen, die die Bonner Erklärung für uns hat.

\*

Ich habe vorher gesagt, daß es keiner besonderen Beweisführung bedarf für die Schlußfolgerung, daß die Bonner Erklärung den Weg für eine erhebliche Verbesserung der Lebensverhältnisse der dänischen Minderheit ebnete. Trotzdem möchte ich jetzt eine Reihe von Ereignissen erwähnen, die für uns von Bedeutung sind. Da sind zunächst einmal die Regelungen verschiedener Probleme in unmittelbarem Verfolg der Erklärung:

1. die Einrichtung von Examensschulen;
2. die Befreiung von der Sperrklausel in den Wahlgesetzen;
3. die Verbesserung der Zuschüsse für unser Schulwesen.

Was den Schulsektor betrifft, sind die Zuschußregeln im Laufe der Jahre immer weiter verbessert worden: zunächst auf 75 %, dann auf 80 % für die allgemeinbildenden Schulen (außer Gymnasium). Hinzugekommen sind Landeszuschüsse für die Kindergärten. Diese Zuschüsse sind uns erhalten geblieben, obwohl das Land inzwischen von dem generellen Bezuschussungssystem abgewichen ist.

Als „Vermittlungsstelle“ zwischen Minderheit und Bund ist 1965 der „Beratende Ausschuß für Fragen der dänischen Minderheit“ gebildet worden. Die Arbeitsergebnisse in diesem Ausschuß sind zufriedenstellend. Wir wußten von Anbeginn, daß hier nicht die großen Probleme zu lösen seien. Erwähnt werden soll aber die Frage des Bundesentschädigungsgesetzes, wo es zwar nicht gelang, einen Entschädigungsanspruch für erlittenes Unrecht aus der Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit zu begründen, aber eine prinzipielle Anerkennung zu erhalten, daß gegen die Minderheit und ihre Angehörigen nationalsozialistisches Unrecht verübt worden sei; sowie die Frage der Einbeziehung bestimmter Berufsausbildungswege in Dänemark für Minderheitenangehörige in das Berufsausbildungsförderungsgesetz. Wesentlich für uns ist aber in erster Linie die ständige Möglichkeit der Erörterung anfallender Probleme. Berthold Bahnsen hat diesen Ausschuß treffend als „fleet in being“ gekennzeichnet.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß eine an sich denkbare Konfliktsituation aus dem Verhältnis Bund, Land, Minderheit nicht aufgetreten ist.

Wir haben von Anbeginn erklärt, daß der Bund für uns keine Klageinstanz gegenüber dem Land sein kann, und zwar nicht nur wegen der formalen Kompetenz. Wir möchten unsere Anliegen auf Landesebene mit dem Land selbst klären.

Mit dem Lande Schleswig-Holstein haben eine ganze Reihe von praktischen Regelungen in Einzelfällen vereinbart werden können, die alle als Ausfluß der Verständigung und des Verständnisses im Sinne der Bonner Erklärung angesehen werden können. Besonders erwähnenswert erscheint mir hier aber auch die Tatsache, daß seit der Bonner Erklärung ein sich stets verbesserndes Verhältnis zu den kommunalen Körperschaften (Kreisen, Gemeinden) und zu den regionalen Verbänden (Landessportverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband z. B.) herausgebildet hat. Das letzte positive Ereignis in dieser Hinsicht war die Einrichtung eines „Kontaktausschusses“ auf Kreisebene im Kreise Rendsburg-Eckernförde, wo inzwischen eine unmittelbare parlamentarische Vertretung nicht mehr gesichert war. Ich möchte es bei dieser (rein zufälligen) Aufzeichnung von Beispielen bewenden lassen. Der Katalog soll nur zeigen, wie hier im Grenzland auf der Grundlage einer Erklärung, über deren rechtlichen Rang man streiten kann, zwischen Mehrheit und Minderheit vernünftige Formen des Miteinander gefunden werden können, wenn allseits der Wille dazu vorhanden ist. Anders gesagt: Die wesentlichste Folgewirkung der Bonner Erklärung war es, daß beide Parteien — oder besser alle vier Parteien — die Bereitschaft zeigten, zusammenzuarbeiten.

Wen wundert es da noch, wenn wir alle, die an diesem Geschehen beteiligt sind, angesichts der Konfliktfälle zwischen Nationalitäten in anderen Regionen das, was in diesem Grenzland geschaffen wurde, als Modell anbieten und etwas stolz darauf sind. Selbst ehemals „große Probleme“ — das Selbstbestimmungsrecht und die viel strapazierte Frage der Loyalität — erscheinen heute nicht mehr als „Explosivstoff“. Man kann offen darüber diskutieren, ohne Schärfe und Bitterkeit.

\*

Aus dem bisher Gesagten könnte nun der Eindruck entstanden sein, ich sei der Meinung, es sei alles zum Besten geregelt und damit die „Minderheitenfrage gelöst“. Diese Auffassung vertrete ich indessen nicht.

Es gibt, wie Sie wissen, eine ganze Reihe von konkreten Forderungen, die wir an das Land stellen. Da ist zunächst — ohne daß ich auf Einzelheiten eingehen möchte — die Frage nach der Beteiligung des Landes an den Investitionskosten für unsere Einrichtungen. Das Anliegen ist vordergründig ein finanzielles Problem. Bei den bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Kürzungen der Mittel aus Dänemark für unser Schulwesen ist abzusehen, wann wir zu einer Situation kommen, in der die Qualität auf diesem Gebiet in Frage gestellt werden muß. Wichtiger ist aber für uns die prinzipielle Frage nach der vollen Gleichberechtigung

mit den Angehörigen der Mehrheit, die nach unserer Ansicht erst hergestellt ist, wenn der Staat, dessen Bürger und Steuerzahler wir sind, sich an den Kosten für unser Schulwesen in gleichem Umfang beteiligt wie bei den öffentlichen Schulen. Eine weitere Frage ist die bessere Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Grenzland bei der allgemeinen Gesetzgebung. Ich erinnere hier an die Diskussion z. B. im Kontaktausschuß über das Ausbildungsförderungsgesetz oder die einschlägigen Bestimmungen über die Bezuschussung überregionaler Jugendverbände in der Bundesrepublik. Hier tauchen Schwierigkeiten auf, die zur Erlangung der Gleichberechtigung zu lösen wären. Ich kann zwar keinen brauchbaren Weg aufzeigen. Hier liegt aber unseres Erachtens noch eine Aufgabe, die ihrer Lösung harret. Auch hier gilt das, was in anderer Beziehung schon vertreten worden ist:

Die in der Bonner Erklärung verbrieft Gleichberechtigung kann nur durch Sonderregelungen zugunsten einer nationalen Minderheit gewährleistet werden.

\*

Ich habe mich bisher mit konkreten Fakten beschäftigt, die die Entwicklung im Grenzland seit der Bonner Erklärung kennzeichnen. Das war verhältnismäßig einfach, aber notwendig, um als „Beweis“ dienen zu können. Ungleich schwieriger ist die Frage, wie sich die zwischenmenschlichen Beziehungen oder die geistigen Einstellungen zueinander entwickelt haben. Haben sie mit den „äußeren“ Entwicklungen Schritt gehalten? Damit stellt sich die Frage nach den Zielsetzungen der jeweiligen Bestrebungen. Jäckel schreibt in seiner Dokumentation „Die Schleswig-Frage nach 1945“ in der Einleitung seines Kapitels „Die Bonner Erklärungen“:

„Nach einem Jahrzehnt des Streites scheinen im Verlaufe der letzten Jahre alle beteiligten Regierungen die durch frühere Erfahrungen bereits wiederholt bestätigte Überzeugung gewonnen zu haben, daß möglichst großzügige und gerechte Minderheitenordnungen nicht nur die menschenwürdigste Politik gegenüber fremden Volksgruppen darstellen, sondern daß sie auch der praktischste Weg sind, Minderheitenfragen zu lösen, d. h. sie schrittweise aus der Welt zu schaffen. Die dänische Politik von 1850 bis 1864 sowie insbesondere die preußischen Erfahrungen im 19. Jahrhundert hatten gezeigt, daß Verfolgungen und eine Politik kleinlicher Drangsalierungen nur geeignet sind, nationale Minderheiten zusammenschweißen und ihnen immer wieder Gelegenheit zu geben, ihre Forderungen in hinreichender Lautstärke anzumelden. Ist aber die Grenzfrage einmal in beiderseitigem Einverständnis gelöst, dann eröffnen Großmut und Toleranz den besten Weg zur Eliminierung des Problems, nämlich zur langsam fortschreitenden Assimilierung der fremden Volksgruppen...

Kleinere Auseinandersetzungen, insbesondere ein friedlicher Wettstreit zwischen deutscher und dänischer Kultur, werden auch weiterhin das Bild des Grenzlandes

bestimmen. Im großen aber ist die Hoffnung erlaubt, daß sich Entwicklungen, wie sie über ein Jahrhundert lang und zuletzt in dem Jahrzehnt, das dem Ende des Zweiten Weltkrieges folgte, die deutsch-dänischen Beziehungen in schwerwiegender Weise vergiftet haben, nicht wiederholen werden.“

Wir sind sicher alle einig mit ihm in der Schlußbemerkung. Völlig anderer Meinung bin ich allerdings in der Frage der Assimilierung.

Wir geben den Ausführungen von Herrn Dr. Schlegelberger heute über die — wie er es früher einmal nannte — „magna charta“ des Grenzlandes, die Hoffnung, daß wir, die Teilnehmer dieser Tagung, tatsächlich von einer anderen Zielsetzung ausgehen.

Stutzig, das gebe ich ehrlich zu, wurde ich allerdings, als ich in der Einleitung zum Programm dieser Tagung den Satz las:

„Diese Erklärungen kennzeichneten die Bereitschaft der dänischen und deutschen Regierung, durch großzügige und gerechte Regelungen nicht nur eine menschenwürdige Politik gegenüber ‚fremden Volksgruppen‘ zu garantieren, sondern auch ... usw. usw.“

Ich gehe davon aus, daß es sich hier um einen „lapsus linguae“ handelt. Denn eines steht doch wohl für uns alle fest: Weder die deutsche Volksgruppe noch die dänische sind jemals „fremde“ Gruppen in dieser Landschaft gewesen! Ich will gerne zugeben, daß sie stets Irritationsmomente für den jeweiligen Staat gewesen sind und daß deshalb der Wunsch bestanden haben mag, diese Irritation aufzulösen. Ob allerdings ein Staat das Recht haben sollte — auch mit friedlichen Mitteln — das „Problem“ zu eliminieren durch Assimilation, wage ich zu bezweifeln. Mir scheint auch, daß dies eine Lösung von Minderheitenfragen wäre, die nicht nur nicht zeitgerecht erscheint, sondern an den konstruktiven Möglichkeiten vorbeisieht, die hier im Grenzland völlig andere Perspektiven eröffnen könnten. Ich denke hier an die „Brückenfunktion“.

Wer die Grenzlanddebatte in den letzten Jahren verfolgt hat — ich denke nicht zuletzt an die Deutsch-Dänischen Tage —, wird zugeben, daß der auf der Grundlage der Bereitschaft zum Miteinander geführte Gedankenaustausch eine Fülle von Entwicklungsmöglichkeiten im Grenzland aufgezeigt hat, der zu der Behauptung Anlaß geben könnte: Für uns alle gemeinsam beginnt überhaupt erst jetzt die Ausfüllung der Leitlinien, die in der Bonner Erklärung gesetzt wurden. Wir können heute den Beweis dafür als erbracht ansehen, daß Menschen mit zunächst völlig gegensätzlichen Auffassungen und belastet mit dem Pathos falsch verstandenen Nationalgefühles und der Hypothek mißbräuchlicher Machtausübung, gemeinschaftlich in der Lage sind, eine Gesellschaft in friedlichem Miteinander zu schaffen und ständig weiterzuentwickeln. Dazu möchte ich mich ausdrücklich bekennen!



---

*Die menschlichen Dinge gestatten keine absolute Freiheit. Freiheit kann sich nur durch Freiheit im Risiko behaupten. Wer absolute Sicherheit will, will die Unfreiheit und den politischen Tod.*

*Karl Jaspers*

## Die Deutschen haben sich mehr geändert als die Dänen

*In einem Interview, das in „Aarhus Stiftstidende“ und in „Flensborg Avis“ Anfang Mai erschienen ist, antwortet der aus Flensburg scheidende Generalkonsul Professor Dr. Troels Fink auf einige ihm gestellte Fragen nach seiner Meinung zu den heutigen Verhältnissen im Grenzlande Schleswig.*

*Wenn Sie in Kürze das wiedergeben sollen, was in den letzten Jahren im Grenzlandproblem geschehen ist, wie sieht das aus?*

Die Erwartungen, die an die dänisch-deutschen Minderheitenerklärungen von 1955 geknüpft wurden, sind erfüllt worden. Wir haben einen Grad von Harmonie erreicht, die von vielen Generationen nicht gekannt wurde. Beide Seiten wünschen aufzuzeigen, daß man Offenheit und Toleranz in natürlicher Form praktizieren kann. Der einzelne Mensch kann ungehindert seine nationalen Bestrebungen in einer Art entfalten, wie wir das bisher nicht gekannt haben.

Das ist selbstverständlich eine Entwicklung, die wir mit Freude begrüßen müssen, aber eine Entwicklung muß auch gepflegt werden. Daher sollten wir in der nächsten Zeit ein Institut für Grenzraumforschung in Apenrade errichten.

*Wie schätzen Sie die deutsche Nachkriegsdemokratie ein?*

Sie ist anders als unsere, aber sie ist eine Demokratie, die eine Zusammenarbeit möglich macht. Wir haben die gleichen Voraussetzungen.

Lassen Sie mich in dieser Verbindung sagen, daß ich es als positiv empfinde, daß Unterschiede bestehen. Es wäre furchtbar langweilig, wenn alles einförmig und alltäglich wäre.

*Welcher von den Partnern hat das meiste zu der günstigen Entwicklung beigetragen ?*

Die Deutschen haben sich am meisten geändert, und daraus kann man schließen, daß sie am meisten beigetragen haben. Von unserer Seite wurde eine Linie bevorzugt, die seit 1848 verfolgt wurde. Wir sind dem demokratischen Prinzip gefolgt. Unsere Volksregierung ist organisch gewachsen, während das deutsche Volk einen Bruch nach dem anderen erlebt hat. Es ist für die Deutschen ein ernstes und schwieriges Problem, ein historisches Selbstverständnis aufzubauen; dieses müssen wir würdigen.

Seit Dänemark im Jahre 1973 Mitglied der EG wurde, besteht ein Bedarf dafür, daß wir sowohl konkurrieren als auch Zusammenarbeiten. In vieler Beziehung sind

wir einander nähergekommen, und dies erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit.

*Ist es richtig, daß südlich der Grenze heute mehr Leute dänisch sprechen als 1945?*

Ja, das ist richtig. Seitdem haben 20 000 die dänischen Schulen verlassen. Und im Laufe der Jahre ist die Anzahl der Schüler von 4000 auf 6000 angewachsen. In dänischen Vereinen ist der Rückgang an Mitgliedern durch einen schwachen Anstieg abgelöst worden. Die Erwachsenen zeigen ein großes Interesse an Abendkursen in Dänisch. Der Unterricht für Erwachsene ist ausgebaut worden, und auch die deutschen Abendvolkshochschulen halten ein umfassendes Angebot bereit. Unsere Sprache wird auf eine Art akzeptiert, die wir vorher nicht erlebt haben.

*Spielt es im Grenzland für den einzelnen eine entscheidende Rolle, welchem Lande er vorteilhafter in wirtschaftlicher Beziehung angehört?*

Nur für eine kleine begrenzte Gruppe. Die wechselnden finanziellen Verhältnisse seit 1864 haben uns gezeigt, daß ein großer Teil der Bevölkerung immer an seiner Nationalität festhalten wird.

*Geschieht es trotzdem, daß man ah und zu von eigenen Leuten enttäuscht wird?*

Wer hat hier das Recht, enttäuscht zu sein? Jeder muß mit seinem Gewissen vereinbaren, wohin er gehört, und das müssen wir anderen akzeptieren.

*Gibt es so etwas wie einen Volkscharakter, sind die Deutschen so, die Engländer so usw.?*

Wir sind alle Jüten vor dem Herrn, und jede Nation hat ein Recht auf Besonderheiten. Ich meine, daß es Unterschiede gibt und daß diese aufrechterhalten werden sollten. Die Hauptsache ist, daß wir friedlich nebeneinander existieren können und daß jeder die Unterschiede akzeptiert.

Und dann können wir uns auch mit unseren Besonderheiten etwas necken. Ich glaube, man hat das Recht zu sagen, daß die Deutschen sich traditionell als der größere Faktor empfinden und daß der einzelne Deutsche sich mit diesem identifizieren wird, während alle Dänen sich darüber im klaren sind, daß wir nur einen ganz kleinen Teil von Europa repräsentieren. Gleichzeitig kann es geschehen, daß wir ein klein bißchen, sagen wir einmal, selbstzufrieden sind mit unserem kleinen Land.

*Meinen Sie, daß man aus der Geschichte lernen kann?*

Man kann lernen, keine Vorurteile zu haben und jede historische Epoche unter ihren Voraussetzungen zu betrachten. Aber wir können nicht durch das Studium der früheren Zeiten ein Modell dafür schaffen, wie die Dinge sich entwickeln werden. Eine Generation kann unmittelbar von der vorhergehenden lernen. Für mich besteht kein Zweifel, daß die jetzige deutsche Generation aus den Fehlern gelernt hat, die die vorige beging.

*Glauben Sie, daß wir alte Feindschaften in Europa endgültig überwunden haben?*

Ich halte es für unmöglich, daß in der Zukunft zwischen EG-Staaten Krieg geführt werden kann. Es ist charakteristisch, daß die alten „Schlachtfelder“ Europas Gebiete in Belgien und an der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland waren und daß man dort durch Generationen hindurch in der Angst vor dem nächsten Krieg gelebt hat. Beim Bau von Eisenbahnen, Fabriken und Brücken wurde diese Möglichkeit in Betracht gezogen, dies ist jetzt anders. Die Leute in diesen Gebieten sind Anhänger der EG, weil sie voraussetzen, daß sie nicht mehr in der Angst um einen nächsten Krieg leben sollen.

*Sind wir in Dänemark tüchtig gewesen oder haben wir Glück gehabt, wenn wir trotz allem unsere Selbständigkeit bewahrt haben?*

Ein altes Sprichwort sagt, daß in Dänemark das Glück besser ist als der Verstand. In gewissen Situationen haben wir Glück gehabt, aber man muß sagen, daß Dänemark über eine längere Zeit gesehen genug Rückschläge und Katastrophen erlebt hat, die damit verglichen werden können, was andere Nationen durchgemacht haben. Überschaun wir die letzten drei Generationen, müssen wir einräumen, daß wir sehr viel Glück gehabt haben.

*Wie sieht die politische Entwicklung in Dänemark aus, wenn man es von Flensburg aus betrachtet?*

Die Zersplitterung der Parteien kann nur beklagt werden, aber ich bin ein unverbesserlicher Optimist, und ich meine, daß das Folketing trotz der vielen Parteien handeln kann. Ein Vergleich mit der deutschen Weimarer Republik, die 1933 zusammenbrach und von der Hitler-Diktatur abgelöst wurde, ist ganz abwegig.

*Sind Sie niemals auf die Idee gekommen, in die Politik zu gehen?*

Ja, das bin ich, aber ich taue nicht zu dem Geschäft. Mir geht es wie „Herrn Langsam“: Es nimmt sehr viel Zeit in Anspruch, eine Situation durchzudenken. Ich bin Historiker. Und ich habe nicht die Kraft zu dem harten Geschäft der Politik. Der Politiker, der siegt, ist der, der am Sonntagmorgen um fünf Uhr, wenn alle anderen ermattet sind, noch einen Funken von Frische hat und den Trumpf mit nach Hause nimmt. So etwas könnte ich nicht leisten.

## Noch einmal: „Die Düppeler Chancen“

*Die in den Grenzfriedensheften 1974/3 erstmalig veröffentlichte und später als Buch erschienene Erzählung von Wilhelm C. Hambach „Die Düppeler Chancen“ ist geschrieben „zum Gedenken meines gleichnamigen Großvaters, Huf- und Nagelschmied in einem rheinischen Dorf, und des Urgroßvaters meiner Frau, Niels Mikkelsen Uldall, Bauer in Jütland, die sich in der Schlacht um die Düppeler Schanzen 1864 gegenüberstanden“. Das veranlaßt mich, Ihnen einen Brief meines Großvaters, des preußischen Landwehr Offiziers Carl Griebach, nachmalig erster Oberpostdirektor von Berlin, zur Veröffentlichung zu übergeben. Dieser Brief ist geschrieben an seine junge Frau in Berlin unmittelbar nach dem Sturm auf Düppel. Das Briefpapier zeigt als Kopf eine Darstellung des Idstedter Löwen auf dem Flensburger Kirchhof mit der Unterschrift „Das Löwen Monument auf dem Flensburger Kirchhofe vor der Demolierung desselben.“ Dem Brief lag ein gepreßtes Veilchen bei.*

*E. Lehmann-Leander*

Brief eines preußischen Landwehroffiziers,  
der dabeigewesen

*Hockerup d. 20. April 1864*

*Meine liebe Flori!*

*Ich muß Dir wieder einmal auf einem Bilderbogen schreiben, da mir ein anderer augenblicklich nicht zur Hand ist. Ich versprach Dir in meinem gestrigen Briefe, von dem glorreichen Tage der Erstürmung noch Näheres mitzuthemen. Viel Neues habe ich indeß bis heute auch noch nicht gehört, da, wie ich Dir schon gestern sagte, wohl 4 bis 5 Tage vergehen werden, ehe die factischen Resultate resp. Verluste unter den Truppen bekannt werden. Eins indeß glaube ich Dir mit ziemlicher Gewißheit mittheilen zu können, was Dir zumal besonders willkommen sein wird: Der Krieg hat vorläufig sein Ende erreicht, wenn nicht etwas Neues dazwischen kommt.*

*Düppeln ist genommen und auf Alsen wird man nicht weiter reflectieren, weil der König nach der Nachricht, daß die Schanzen genommen seien, hierher telegraphirt haben soll, man solle nicht weiter gehen, da er nicht wünsche, daß noch ein Tropfen Blut vergossen werde. Schwer würde es keineswegs fallen, auch noch die Insel zu bekommen; denn die Dänen haben zu furchtbare Verluste an Menschen und Kriegsmaterial gehabt und sind derartig demoralisirt, daß sie bei dem ersten Versuche sofort die Insel räumen würden.*

*Wir haben augenblicklich nur eine Vorpostenaufstellung am Alsen Sunde und in den Schanzen genommen. Einzelne gegenseitige gewechselte Schüsse sind Alles, was noch an Feindseligkeit vor sich geht. Die Dänen haben jedenfalls eine bittere Lehre darüber bekommen, daß Hartnäckigkeit und Starrsinn zu nichts führen kann, wenn man nicht die ausreichenden Mittel hinter sich hat, um denselben durchzuführen. Sie haben, wie ich schon erwähnte, furchtbare Verluste*

gehabt. Einige 80, noch vollständig brauchbare Geschütze sind in unseren Händen geblieben, dazu die sämtliche werthvolle Munition, ebenso 2500 Gefangene und die bis jetzt noch zahllose Masse von Todten und Verwundeten. Das Terrain zwischen den Schanzen und dem Sonderburger Brückenkopf, etwa 800 Schritt breit, war gesäet von Todten. Es ist, wie gesagt, noch nicht möglich gewesen, die Zahl der gefallenen Dänen, die natürlich fast sämtlich in unseren Händen geblieben sind, festzustellen. Tausende von Wagen belebten am Abend die Chaussee, welche die Verwundeten vom Schlachtfeld holten. — Ein gräßlicher, jammervoller Anblick, eine solche Wagencolonne mit Verwundeten, die oft in den herzerreißendsten Tönen ihren Schmerzen Luft machten und sich lieber den Tod wünschten, als solche Qualen ausstehen zu müssen. Wie oft mag es an diesem Abend Fuhrleuten passiert sein, daß sie die als Leichen vom Wagen herunternahmen, die sie als Verwundete auf geladen hatten. Nach neuerdings eingegangenen Nachrichten beträgt unser Verlust ca. 1000 Mann, darunter 40 Officiere. Von unserm Regiment ist der Hauptmann der 11. Compagnie v. Salpins sehr schwer, wenn nicht tödtlich, und ein Leutnant der 1. Co. (Landw Off. Busch) leicht verwundet.

Einen rühmlichen Zug erzählt man sich von dem Feldwebel der 11ten Co. Die Fahne in der Hand, war er einer der Ersten gewesen, der die Schanze No. 7 erstiegen hatte. Im Begriff, die Fahne auf der Brustwehr aufzupflanzen, erhält er einen Schuß; nichts destoweniger faßt er die noch nicht tief genug eingesteckte Fahne nochmals, stößt sie tiefer in den Erdwall hinein, daß sie freudig flatternd den zurückstehenden Kameraden die glückliche Eroberung der Schanze zuwinkt, sinkt dann um und ist todt.

Unsere Leute haben sich überhaupt mit einer Bravour geschlagen u. mit einer Todesverachtung sich auf die verhaßten Schanzen gestürzt, daß selbst ein österreichischer Oberst, der dem Generalstabe des Feldmarschalls attachiert und dem furchtbaren Schauspiel zusah, in die Worte ausgebrochen ist: „So was habe er noch nicht gesehen, man müsse den Hut ziehen vor den Preußen u. die Österreicher könnten sich nicht mehr mit ihrem Siege bei Oeversee überheben. Gewiß ein schönes Zeugnis von dem Vorgesetzten und Verbündeten, der gern den Ruhm des Feldzugs allein auf seine Schultern nehmen möchte. — Wann wir nun von hier fortgehen, weiß ich natürlich nicht. Jedenfalls wünschen wir nun um so sehnlicher, als es hier nichts mehr zu thun giebt, nach Hause zurückzukommen. Endlich fängt auch hier das Wetter an, etwas weniger winterlich wie bisher sich zu gestalten u. einzelne Frühlingsboten, wie solche bei Euch vielleicht längst verblüht sein mögen, wagen sich jetzt ans Tageslicht. Möglich auch, daß sie bisher sich vor dem Kanonendonner gefürchtet haben, und nun es Ruhiger geworden, aus ihrem Verstecke heraustreten. So fand ich heute das erste Veilchen, das ich nicht unterlasse, Dir hier beizulegen ...

*Auf ein baldiges, frohes Wiedersehen!*

*Dein treuer Carl*

# Fünfundzwanzig Jahre Grenzfriedensbund

*Der Verlauf der Jahresversammlung am 12. Mai in Husum*

*Die Mitgliederversammlung 1975 des Grenzfriedensbundes in Thordsens Hotel in Husum stand ganz im Zeichen seines fünfundzwanzigjährigen Bestehens. Ihr besonderes Gepräge und ihre Bedeutung erhielt die Jahresversammlung zum einen durch den Vortrag von Fritz René Allemann über „Nationale Minderheiten in Europa“, den wir am Anfang dieses Heftes im Wortlaut bringen. Zum anderen wurde in dem anschließenden Rundgespräch — nachstehend verkürzt wiedergegeben — sehr deutlich, daß trotz der allseitig mit Befriedigung festgestellten Entspannung zwischen Königsau und Eider noch manches für die Grenzverbände zu tun übrigbleibt.*

DER AUFTAKT (*Begrüßungsworte: Dr. Johannsen*)

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 25. Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes und begrüße Sie alle — Gäste und Mitglieder — sehr herzlich. Einen besonderen Gruß entbiete ich den Herren Bundestagsabgeordneten Ronneburger und Sick und den Herren Landtagsabgeordneten Hamer und Liebrecht. Ich heiße herzlich willkommen Herrn Staatssekretär Poetzsch-Heffter als Vertreter der Landesregierung und den Herrn Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins Landesminister Dr. Schlegelberger sowie Herrn Staatssekretär Schmidt als Vorsitzenden des SHHB. Ferner begrüße ich Herrn v. Leesen von der Staatskanzlei und Herrn Geschäftsführer Zimmerschmied vom Deutschen Grenzverein. Aus Nordschleswig begrüße ich besonders Herr Folketingsabgeordneten Jes Schmidt, Herrn Konsul Hamberger, Apenrade, und Herrn Generalsekretär Peter Iver Johannsen.

Mit Dank stelle ich fest, daß sich eine große Zahl interessierter Teilnehmer zu unserem Jubiläum hier im Thordsen-Hotel in Husum versammelt hat. 25 Jahre Grenzfriedensbund — ein zwar kleines, aber doch ein Jubiläum. Der Reiz dieser Veranstaltung liegt meines Ermessens darin, daß noch sehr viele unter uns weilen, die unmittelbar zu den Begründern gehörten, die heute traditionsbewußt zurückschauen, aber andererseits mit der Arbeitserfahrung von fünfundzwanzig Jahren in Zusammenarbeit mit den Jüngeren neue Ziele setzen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Angaben über unsere Arbeit machen. Der Grenzfriedensbund begann 1950 mit 157 Mitgliedern. Heute zählt er deren 1278. Aus Mitgliederbeiträgen und Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein konnten wir von 1950 bis 1975 rund 3 300 000 DM für soziale und kulturelle Zwecke im Grenzraum verausgaben. Diese Mittel gingen zum weitaus größten Teil in die nach der Satzung zu leistende Sozial- und



Kulturarbeit, und zwar mit 88,2 Prozent, während die Verwaltungs- und Personalkosten sich auf 11,2 Prozent beliefen. An dieser Stelle wird für die verständnisvolle und große Unterstützung unserer Arbeit durch die Bundes- und Landesregierung unser herzlicher Dank ausgesprochen. dänischen Gesprächspartnern.

Dazu einige Anmerkungen, die ich als Auftakt für unser nachher zu führendes Gespräch zu betrachten bitte. Sehr bald schon nach der Entstehung und Zuspitzung der nationalen Spannungen im 19. Jahrhundert bildeten sich in unserem Grenzraum Organisationen, die sich als besondere, für den Nationalstaat Hilfestellung leistende Kräfte verstanden. Zuerst dänische und später deutsche. Ihr Selbstverständnis war identisch mit dem des Nationalstaates des 19. Jahrhunderts, das in erster Linie eine Angelegenheit des Bürgertums war. Die Geschichte dieser Verbände ist noch nicht geschrieben. Auch der Grenzfriedensbund hat, als jüngster der deutschen Grenzverbände, noch geistige Wurzeln im Erdreich des 19. Jahrhunderts, zugleich aber ist er das Ergebnis eines Umdenkens in grenzpolitischen Fragen, welches durch die deutsche Katastrophe 1945 ausgelöst wurde. Versucht wurde bei seiner Gründung praktisch so etwas wie die Quadratur des Zirkels, wenn man die deutsch-dänischen Spannungen in historischer Sicht betrachtet. Den Gründern ging es darum, das deutsche Leben im Grenzraum so mitzugestalten, daß alle, die dem kulturellen Reichtum des Lebens aus materiellen Gründen hatten fernstehen müssen, daran teilhaben konnten. Es ging den Gründern ferner darum, möglichst viele Menschen, die nichts — ich darf es sehr vergrößert sagen — von der VDA-Mentalität der Vorkriegsjahre wissen wollten, aber sich auch und mit gutem Recht als gute Deutsche fühlten, für die Fragen des Grenzlandes — und zwar aus deutscher Sicht — zu gewinnen. Und es ging ihnen schließlich um eine Kontaktnahme mit dänischen Gesprächspartnern.

*Nun fünf Fragen (ihr Motto: 1975 ist nicht 1950):*

1. Wäre es nötig, daß die deutschen Grenzverbände ihre Arbeit und ihre Zusammenarbeit neu durchdenken? Für den ersten Teil der Frage sind wir nicht allein zuständig. Für den zweiten könnten wir Anregungen geben zur Erreichung eines klaren Konsensus darüber, was heute Grenzarbeit ist oder sein sollte.
2. Sind unsere Kontakte zu den beiden Minderheiten ausbaufähig?
3. Ist der tiefere Sinn der Kiel-Bonn-Kopenhagener Erklärungen wirklich erfüllt? Nicht nur der Buchstabe?
4. Wie steht es mit dem Deutschlandbild Dänemarks und wie mit dem Dänemarkbild Deutschlands? Sind die Vorstellungen, die man voneinander hat, nicht sehr oberflächlich?

5. Ist nicht weiterhin vertiefte Information über das Leben der Nachbarn, die über Reise- und offizielle und offiziöse Pressebüros hinausgeht, nötig?

Die Beantwortung dieser Fragen scheint mir wichtig. Wenn ich eine Feststellung Alfred Grossers zitieren darf: „Der Informationsstand über Deutschland in Frankreich ist schlechthin außerordentlich niedrig. In der Bundesrepublik wird das viel zu sehr als eine Ablehnung gegenüber Deutschland aufgefaßt. Die Umwelt wird von den Franzosen mit Klischeevorstellungen erledigt, weil das Wissen ein bißchen kompliziert ist“, so können wir meines Erachtens aus dieser Bemerkung den Schluß ziehen, daß auch hierzulande in dieser Richtung etwas zu tun ist. Das Wissen der Nachbarn an dieser Grenze voneinander bedarf der Vermehrung, der Vertiefung und des Engagements. Dazu will der Grenzfriedensbund beitragen. Sein Name ist, wenn Sie wollen, vielleicht überaltert. Der Friede kehrte bei uns ein.

Wir können den Gang der Geschichte nicht voraussehen. Wir kennen auch nicht ihren Sinn. Die Harmonisierung in unserem Raum ist jedoch kein Blankoscheck für eine ewigwährende arkadische Idylle; wer will ausschließen, daß nicht unerwartete widrige Winde einmal aufkommen könnten? Wir können uns nur zu der Tradition dieses Raumes, in die wir hineingestellt wurden — und das ist die deutsche — bekennen, sie in ihrem Kern als eine Aufgabe übernehmen, als einen Wert, ohne den wir ärmer wären. Das Leben zwischen Königsau und Eider ist interessant, es ist aber auch eine Aufforderung. Dieser sollten wir uns stellen.

#### DAS RUNDGESPRÄCH (*Ergebnisse und Perspektiven 1950—1975*)

*Dr. Johannsen:* Rechts und links von mir sitzen Gäste, die den Grenzfriedensbund etwas fragen wollen: Herr *Kurt Hamer*, in Fragen des Grenzraumes der Sprecher der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag; Herr *Bernhard Tastesen*, Mitglied des dänischen Folketings und an unseren Problemen besonders interessiert; Herr *Rolf Heinrich Wecken*, der Leiter des NDR-Studios in Flensburg, ein Journalist, der die Sachlage zwischen Königsau und Eider genau kennt; Herr *Ernst Beier*, 2. Vorsitzender des Grenzfriedensbundes und Redakteur der Grenzfriedenshefte, und Herr *Artur Thomsen*, Mitglied unseres Vorstandes.

Ich habe hier an diesem Platze nichts zu sagen, aber ich habe eine Uhr, auf die ich achten muß ...

Wir haben uns gedacht, daß es für Sie interessanter ist, wenn wir hier ein Gespräch führen, als daß Ihnen ein Vortrag über die Geschichte des Grenzfriedensbundes geboten würde. Es wurde hier keine Vorwegregie betrieben, sondern alle werden reden, wie ihnen der Sinn steht. Herr Hamer hat als erster das Wort.

*Kurt Hamer:* *Eine präzise Frage zum Anfang. Wir feiern heute einen Geburtstag: fünfundzwanzig Jahre Grenzfriedensbund. Ich glaube, das berechtigt uns zu der*

*Frage nach den historischen Voraussetzungen, die zur Gründung des Grenzfriedensbundes geführt haben. Meines Wissens ist er entstanden in einer bestimmten grenzpolitischen Situation und dementsprechend auch mit einer bestimmten Zielsetzung. Er ist, soviel ich weiß, auch entstanden in Konkurrenz zu den bereits bestehenden Grenzverbänden, und die Anerkennung seiner Arbeit durch diese war durchaus nicht ohne weiteres gegeben.*

*Ernst Beier:* Sie haben recht, der Grenzfriedensbund ist das Ergebnis eines neuen Abschnittes in der grenzpolitischen Auseinandersetzung durch die Abgabe der „Kieler Erklärung“. Mit ihr wurden von Staats wegen die Prinzipien festgelegt, nach denen sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen in Zukunft im Grenzland gestalten sollte. Dementsprechende gesellschaftspolitische Aktivitäten sollten diesem staatspolitischen Willen in der Bevölkerung die nötige Resonanz geben. Denn in dieser Zeit — 1949—1950 — in sie müssen wir uns zurückversetzen —, war es nicht nur so, daß ein politischer Kampf um die Frage der deutsch-dänischen Staatsgrenze und die politische Entwicklung Südschleswigs entbrannt war, sondern auch ein gesellschaftspolitischer um die nationale Zugehörigkeit der einheimischen Bevölkerung. Diese Zeit war noch eine politische und soziale Notzeit. Dänemark ging es wesentlich besser. Es bestand damals sozial und kulturell ein Nord-Süd-Gefälle. Aus dem Willen, alle Deutschgesinnten in Südschleswig zu sammeln und zusammenzuführen, wurde darum der Grenzfriedensbund gegründet. Vor allen Dingen galt es, die Arbeiterschaft, die national besonders zerstritten war, für eine der Kieler Erklärung entsprechende Haltung zu gewinnen.

*Kurt Hamer: Darf ich da noch einmal nachhaken? Ich habe gesagt, daß der Grenzfriedensbund auch entstanden ist in Konkurrenz zu den anderen Grenzverbänden. Ich hätte gern eine Antwort gehabt auf die Frage: Was unterschied den Grenzfriedensbund in seiner Zielsetzung von diesen?*

*Dr. Johannsen:* Vielleicht kann ich Ihre Frage auf einem ganz persönlichen Umweg beantworten: Jens Nydahl, der Initiator und Mitbegründer des Grenzfriedensbundes — damals noch Landesbeauftragter — kam eines Tages in Flensburg zu mir und fragte, ob ich einem neu zu gründenden Grenzverein wie dem Grenzfriedensbund nicht nur beitreten, sondern auch aktiv in ihm mitarbeiten wolle. Er erklärte mir, so glaube ich, seine Zielsetzung wie folgt: Es bestehen bisher auf deutscher Seite nur vom Bürgertum getragene Grenzverbände. Wir brauchen auf seiten der Arbeiterschaft eine dementsprechende Organisation, die keine parteipolitische ist, die sich aber, wie er sich ausdrückte, besonders an die organisierten Arbeiter wendet. Wir sind, so Jens Nydahl, gute Deutsche, wir wollen aber in dem Gesamtspiel der nationalen Kräfte unseren eigenen Part spielen. Ich frage Sie, ob Sie uns dabei helfen wollen. — Damit, Herr Hamer, hoffe ich, Ihre Frage in etwa beantwortet zu haben.

Rolf Heinrich Wecken: *Ich möchte ein Wort aufgreifen, das in dem Namen des Grenzfriedensbundes die Mitte bildet, das Wort „Frieden“. Wenn ich Ihre Begrüßungsworte zum Beginn der Jahresversammlung richtig verstanden habe, gibt es anscheinend auch bei Ihnen gewisse Überlegungen, hier eine gewisse Kosmetik zu betreiben. Es kann, glaube ich, nicht Aufgabe des Grenzfriedensbundes sein, nach fünfundzwanzig Jahren zu sagen: Bis hier war uns das Wort Grenzfriedensbund gut, jetzt können wir ohne diese Vokabel auskommen. Was also wurde bisher unter dem Aspekt Grenzfriedensbund getan? Ich meine jetzt nicht seine soziale Komponente.*

Dr. Johansen: Wir haben auf dem kulturpolitischen Sektor durch unsere Jahresversammlungen, durch Vortragsabende, Tagungen, die Herausgabe der Grenzfriedenshefte usw. zu einem neuen deutschen nationalen Selbstverständnis im umstrittenen Schleswig und zugleich zur deutsch-dänischen Verständigung beigetragen. Wir haben von der Gründung des Grenzfriedensbundes an Kontakte zur dänischen Seite gesucht und auch gefunden. Das war Anfang der fünfziger Jahre gar nicht so einfach. Aber ich kann heute feststellen, daß die dänischen Freunde von damals und diejenigen, die wir inzwischen dazugewonnen haben, bereit waren, mit uns zu sprechen. Wir haben hart miteinander gerungen, wirklich hart, offen und ehrlich. Wir haben die Standpunkte nicht verwischt, haben aber trotzdem oder gerade deshalb allmählich eine freundschaftlich-nachbarliche Atmosphäre schaffen und ausbauen können. Wir haben hier von der Basis aus etwas für die deutsch-dänische Verständigung geleistet, auf das hinzuweisen wir glauben ein Recht zu haben.

*Aber wir waren als Deutsche zugleich auch der Meinung, daß diese entspannte politische und geistige Atmosphäre nur dann Bestand haben kann, wenn die nationale Entscheidung zwischen deutsch und dänisch nicht abhängig ist von den materiellen Erwägungen einer Notsituation. Womit wir bei der Frage nach dem Warum und Wie unserer Sozialarbeit wären.*

Ernst Beier: Dazu ist folgendes zu sagen: Das Ende des Nationalsozialismus 1945 war nicht nur ein staatlicher Zusammenbruch, sondern auch ein gesellschaftlicher und für weite Kreise dazu ein geistiger. Diesem allgemein-menschlichen Zusammenbruch und der daraus entstandenen nationalen Krisensituation hier im Grenzland konnte man nicht nur mit moralischen und politischen Appellen begegnen. In einer solchen Zeit sind ihr Wert und ihre Wirkung zwangsläufig begrenzt. Die Einsicht, daß in Zeiten der Not die Menschen manche Dinge tun, die bei normalen Verhältnissen unterbleiben würden, war der Grund für den Grenzfriedensbund, Sozialarbeit in der Form individueller Betreuung und Hilfe zu leisten.

Kurt Hamer: *1975 ist nicht 1945. Das bedeutet natürlich auch, daß die soziale Situation der Jahre nach 1945 eine andere war, als wie wir sie heute vorfinden.*

*Kann die soziale Aufgabe des Grenzfriedensbundes gegenwärtig im wesentlichen nur darin bestehen, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel für Beihilfen zur Schulentlassung, zu Weihnachten, für Schülerfahrten, Landschulaufenthalte, Turn- und Sportkleidung unter dem Gesichtspunkt individueller Bedürftigkeit möglichst gerecht zu verteilen? Muß nicht überlegt werden, ob die soziale Komponente des Grenzfriedensbundes heute woanders liegen müßte? Nehmen Sie mir diese kritische Frage bitte nicht übel.*

*Artur Thomsen:* Ich bin der Auffassung, daß Sozialarbeit in der Art, wie wir sie bisher geleistet haben, nämlich der gezielten Hilfe im Einzelfall, auch heute noch eine Aufgabe des Grenzfriedensbundes ist. Jedoch glaube ich, daß sich seine Arbeit, wenn man die beiden Bereiche Sozialarbeit und Kulturarbeit betrachtet, in Zukunft mehr zum Kulturellen hin verlagern wird. Das liegt zu einem Teil daran, daß wir für den sozialen Bereich in den letzten Jahren häufig Hilfe erfahren haben und auch in der Zukunft durch die Arbeiter-Wohlfahrt erfahren werden. So mag es dazu kommen, daß es eine gewisse Schwerpunktverschiebung in Richtung „Kultur“ geben wird. Man müßte sich in diesem Zusammenhang doch einmal darüber unterhalten, was denn nun eigentlich Kulturarbeit im Sinne des Grenzfriedensbundes ist. Es ist in bezug auf die kulturelle Arbeit ja schon auf die bisherigen Aktivitäten des Grenzfriedensbundes hingewiesen worden, die man erweitern müßte.

*Rolf Heinrich Wecken:* *Zu einer anderen Frage: Wenn ich den Grenzfriedensbund recht verstehe, dann ist er heute schon längst nicht mehr das, wozu seine Gründungsväter ihn vor fünfundzwanzig Jahren ins Leben gerufen haben. Das kann auch gar nicht anders sein, denn im Laufe dieser zweieinhalb Jahrzehnte hat es so viele sozialpolitische Veränderungen, überhaupt der gesamten Atmosphäre hier an der Grenze gegeben, daß es mit dem, was die „Männer der ersten Stunde“ sich einmal vorgestellt haben, nach meinem Gefühl schon längst vorbei ist. Und ich meine, in den nächsten fünfundzwanzig Jahren wird sich die Landschaft hier und mit ihr die Menschen noch mehr verändern, als es etwa seit der Abstimmungszeit 1920 geschehen ist. Ich bin fest davon überzeugt, dabei wird sich auch in den beiden Volksgruppen das Klima in einem Maße wandeln, wie wir es uns heute noch nicht vorstellen können. Das gilt für die deutsche Minderheit genauso wie für die dänische. Diese Veränderungen werden zu einem Teil von außen erzwungen werden, zum anderen sich aber von innen her ergeben. Sie sinnvoll zu kanalisieren, das allein wäre dann noch der Auftrag und etwas, wo man tätig sein kann. In diese Veränderungen hinein gerät zwangsläufig auch der Grenzfriedensbund.*

*Artur Thomsen:* Das Problem, das Sie, Herr Wecken, hier aufgegriffen haben, das der Entwicklungsbeschleunigung, wird vielleicht noch an Tempo zunehmen. Aber ich meine, bei aller Veränderung, die natürlich auch eine Organisation wie die

unsere im Laufe der Zeit erfährt, bleibt doch immer noch ein Stück von dem, wonach der Grenzfriedensbund angetreten ist.

*Dr. Johannsen: Es ist der Name des Grenzfriedensbundes und die Frage nach seiner eventuellen Veränderung angesprochen worden. Der Vorschlag wurde anlässlich unserer Zwanzig-Jahr-Feier von Herrn Prof. Troels Fink gemacht. Er meinte damals, der Friede an der Grenze sei nun doch Wirklichkeit geworden. Wir sollten einmal darüber nachdenken, ob man jetzt nicht besser eine Bezeichnung wie etwa „Grenzbegegnungsbund“ wählen sollte, das entspäche doch mehr der Situation von heute.*

*Artur Thomsen: Ich höre eben ein wenig verwundert von dem Vorschlag, den Namen des Grenzfriedensbundes zu verändern. Bei aller Verehrung, die ich für den scheidenden Generalkonsul empfinde, muß ich allerdings sagen, daß ich es gar nicht für notwendig halte, uns einen anderen Namen zuzulegen. Grenze gibt es immer noch, Frieden auch. Das eine zu überwinden, das andere zu erhalten ist auch heute ein gutes Programm. Dafür eine Organisation zu haben, das paßt nach wie vor gut zusammen. Ich bin nicht der Auffassung, daß wir da etwas ändern sollten.*

*Frau Hansen: Ich meine, gehört zu haben, daß wir Zuhörer auch etwas sagen dürfen. Sie sprachen von der kulturellen Arbeit. Ich möchte, daß sie diese auf eine breite Basis stellen und auch auf kleine Kreise ausweiten. Wenn ich mich der Gründung des Grenzfriedensbundes entsinne, dann ging es neben der Linderung sozialer Not auch um eine geistige Mobilmachung. In den dänischen Kreisen auf der anderen Seite der Grenze war man viel mehr als wir auf Grenzsinn und Grenze überhaupt eingestellt. Ich weiß z. B., daß mein Vater [Detlef Hansen] etwa 300 Vorträge im Jahr gehalten hat und daß sich diese nicht nur auf die Grenze bezogen, sondern auf allgemein deutsche Dinge, und daß dadurch das Gefühl gefestigt wurde, auch Deutschland hat uns etwas zu bieten, nicht nur Dänemark.*  
*Bernhard Tastesen (Übersetzung Dr. Johannsen): Herr Tastesen hat mit Interesse die Debatte über unsere bisherige Tätigkeit verfolgt. Er fragt zunächst, ob wir im Grenzfriedensbund denn im engsten geographischen Raume verbleiben, uns nur mit den Grenzproblemen beschäftigen wollen, oder ob wir nicht das globale deutsch-dänische Gespräch suchen sollten. Das ist zugegebenermaßen eine sehr entscheidende Frage für uns.*

*Artur Thomsen: Für diese Frage müssen wir Herrn Tastesen dankbar sein, denn sie gibt uns Gelegenheit, sehr deutlich zu machen, wohin eine dritte Komponente der Arbeit des Grenzfriedensbundes zielt. Herr Dr. Johannsen hat ja schon auf die Tatsache hingewiesen, daß es von Anfang an Bemühungen des Grenzfriedensbundes gegeben hat, Kontakte über die Grenze hinweg zu finden. Es liegt uns sehr daran, diese Beziehungen, ich darf es wohl so sagen, mit Menschen von der anderen Seite zu haben. Ich habe den Eindruck, daß wir uns*

bei dieser Gelegenheit einmal bewußt machen sollten, daß es nicht nur generell ein deutsch-dänisches Verhältnis gibt. Ich meine, im Alltag wird uns viel zuwenig deutlich, daß wir es hier an der Grenze eigentlich mit vier Gruppierungen zu tun haben. Wir müssen die deutsche Mehrheit und die dänische Minderheit südlich der Grenze als zwei Gruppen sehen, die nebeneinander leben, und ganz deutlich davon unterschieden die dänische Mehrheit und die deutsche Minderheit nördlich der Grenze. Da kann man nicht einfach deutsch und deutsch auf beiden Seiten der Grenze einander gleichsetzen und umgekehrt dänisch und dänisch. Es gibt so viele Besonderheiten dieser vier Gruppen, daß man sie klar unterscheiden muß. Das ist dann schon wieder ein reiches Feld auch für den Grenzfriedensbund im Sinne dessen, was Herr Ronneburger in seinen Grußworten vorhin von der Veränderung des nationalen Bewußtseins gesagt hat.

Bernhard Tastesen (Übersetzung Dr. Johannsen): *Herr Tastesen spricht von seiner Tätigkeit innerhalb der Jugendklubs in Dänemark. Er glaubt zu wissen, daß hier bei uns südlich der Grenze verhältnismäßig wenig auf diesem Gebiete geschieht.*

Ernst Beier: Ich kann Herrn Tasteten nicht sagen, welche Möglichkeiten hier bestehen, um Kontakte miteinander aufzunehmen. Wieweit der Grenzfriedensbund hier etwas tun kann, müßte näher geprüft werden.

Bernhard Tastesen (Übersetzung Dr. Johannsen): *Herr Tasteten fragt, ob es nicht auch eine gute Sache wäre, von seiten des Grenzfriedensbundes Kontakte zu aktiven dänischen Politikern aufzunehmen. Er meint, bemerkt zu haben, daß solche bisher nicht bestehen. Das stimmt, zu aktiven Politikern nicht. Wir haben sie aber zu einer ganzen Reihe von kulturellen und kulturpolitischen Persönlichkeiten Dänemarks, so daß hier Beziehungen durchaus bestehen. Herr Tastesen regt an, einmal eine Gruppe von aktiven dänischen Politikern einzuladen, um mit ihnen im Sinne der so wünschenswerten Wechselwirkung zwischen zwei Völkern auf dem Gebiete der Kultur zu diskutieren. Ich glaube, für diese Anregung sollten wir Herrn Tastesen dankbar sein.*

Dr. Johannsen: Ich habe das Gefühl, daß wir durch die Anregungen von Herrn Tastesen zu einem gewissen Abschluß unseres Rundgesprächs gekommen sind. Wir sind ihm für seine Anregungen sehr dankbar.

*Damit ist unser Rundgespräch beendet. Wir danken Ihnen fürs Zuhören.*

## WAHL DES VORSTANDES

*Der geschäftliche Teil der Mitgliederversammlung war diesmal auf den Nachmittag verlegt worden und konnte wegen der allgemeinen Einmütigkeit sehr zügig abgewickelt werden. Nach der mündlichen Erläuterung des den Mitgliedern schriftlich zugegangenen Geschäfts- und Kassenberichts und dem Bericht der Revisoren wurde dem Vorstände einstimmig Entlastung erteilt und ebenso der bisherige Vorstand und die Revisoren für die nächsten*

*zwei Jahre in ihren Ämtern bestätigt.*

---

*Man erreicht nur dann etwas, wenn man es versteht, bewußt unbequem zu sein.*

*Hilda Heinemann*



### Harro Marquardsen 65 Jahre alt

Am 29. Juli wird der bisherige Vorsitzende des Bundes Deutschen Nordschleswiger, Harro Marquardsen, 65 Jahre alt. Marquardsen hatte vorsorglich und rechtzeitig angekündigt, daß er diese Zäsur, gewissermaßen die Erreichung des Pensionsalters, durch die Aufgabe des Amtes als Vorsitzender der nordschleswigschen Deutschen unterstreichen wolle, daß er aber seine Pflichten als deutscher Vertreter im Amtsrat des Großkreises weiterhin wahrnehmen werde. Inzwischen ist sein Nachfolger im Bund Deutscher Nordschleswiger gewählt worden. Am Geburtstage wird es an Gratulanten nicht fehlen. Zu ihnen gesellt sich auch der Grenzfriedensbund.

Harro Marquardsen ist eine Person der heimatischen Zeitgeschichte geworden. Als Zeitgenosse hat er einen Einsatz für die Entwicklung des deutschen Lebens in Nordschleswig geleistet, den die Geschichtsschreibung unseres Raumes einmal als einen unübersehbaren Beitrag eines einzelnen für das Ganze bewerten wird. Was befähigte ihn dazu? Die Antwort muß unter anderem lauten:

Harro Marquardsen besitzt eine Reihe von Charakterzügen und Eigenschaften, die ihn für den Vorsitz schlechthin als den rechten Mann erscheinen lassen. Er ruht als ein im Beruf tüchtiger Bauer in sich und hat im Zusammenspiel von Beruf und politischem Leben jene Balance gefunden, die für eine Zentralfigur unerlässlich ist. Aus dieser Balance und aus seinem deutschen Lebensgefühl, das von keiner Gedankenblässe angekränkelt ist, schöpft er die Kraft, um ein Programm zu vertreten. Und dieses heißt: Dokumentation des Deutschtums in Nordschleswig als eine alte und tiefverwurzelte Kraft, die, wenn sie den Willen hat, weiterhin zur Prägung des Grenzraumes ihren Beitrag leisten kann und wird. Marquardsen hat aber aus der Geschichte des letzten Jahrhunderts gelernt und weiß, daß die Idee unserer Zeit für die Deutschen Nordschleswigs sowohl von dem Bekenntnis zum eigenen deutschen Stil als auch von der Bereitschaft zur freimütigen Mitarbeit im Staate, also in Dänemark, getragen sein muß. Daß dies eine schwere Aufgabe ist, weiß Marquardsen auch, und man könnte ihn daher als eine Figur des Überganges zu einer neuen deutschen Generation von Nordschleswigern sehen, denen er das Unabdingbare des Deutschseins mehr vorgelebt als gepredigt oder gar intellektuell interpretiert hat. In dieser seiner Charakterstärke, seiner Welterfahrung, seinem Humor und seiner Bereitschaft zu partnerschaftlichem Verhalten, in seinem Blick für Maß und Möglichkeit liegt seine Bedeutung für unseren Raum, auch südlich der Grenze.

Viele Probleme türmten sich während der Zeit der Amtsführung Marquardsens auf. Manche konnten gelöst werden, manche harren noch der Lösung. Er hat an allen

diesen Bemühungen Anteil und Verdienst, weil er aus einem sicheren politischen Instinkt Politik machte und sich nicht scheute, Entschlüsse zu fassen, wenn es unumgänglich nötig war, dies zu tun.

Der Grenzfriedensbund fand in ihm stets einen interessierten Gesprächspartner und Freund. Zu unserer Gratulation gesellt sich unser Dank.

*Dr. H. P. Johannsen*

\*

### Ministerialdirigent Dr. Grothusen tritt in den Ruhestand

Nach seinem 62. Geburtstag am 11. Juli d. J. wird Dr. Grothusen, Ministerialdirigent im Schleswig-Holsteinischen Kultusministerium, in den Ruhestand treten. Damit scheidet nicht nur ein hoher Beamter der Landesregierung aus dem aktiven Dienst, sondern auch ein Beamter von besonderer persönlicher Prägung.

Dr. Grothusen liebt es nicht, wenn über seine Verdienste große Worte gemacht werden. Könnte er dem Schreiber über die Schulter sehen, so höbe er abwehrend die Hände und würde vielleicht an die alte Weisheit erinnern, daß kein Mensch unersetzbar ist, obwohl er sich nie mit Allgemeinplätzen abgab. Weisheit hin, Weisheit her: Kein Mensch ist unersetzbar, aber mancher hinterläßt eine Lücke, die noch lange Zeit nachher im Gefüge erkennbar ist. Dies ist der Fall mit Dr. Grothusen. Als Leiter der Finanzabteilung des Kultusministeriums hat er seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entscheidenden Anteil an der Gestaltung des kulturellen Lebens unseres Landes genommen. In seiner Stellung zwischen dem bewilligenden Parlament und den Empfängern staatlicher Zuwendungen hat er sich eine einzigartige Position geschaffen, die in dem Respekt vor seinem scharfen Sachverstand und dem Gefühl ruhte, daß man bei guter Vorbereitung eines Projektes in ihm auch einen Anwalt desselben gewonnen hatte. So wird er künftig von mancher Schule, manchem wichtigen Detail des Musik- und Theaterlebens, manchem Objekt der Erwachsenenbildung, manchem Bücherbus, von mancher Unternehmung der deutschen Grenzverbände sagen dürfen, daß er hier die Ergebnisse auch seiner Arbeit sieht. Dies alles ist viel; aber was den eigentlichen Rang der Arbeit Dr. Grothusens ausmachte, ist dies, daß er sie nicht nur aus Sachkenntnis, sondern aus Engagement leistete. Und was den Grenzraum angeht, so darf man sagen, wohl auch aus Liebe, wenngleich er Gefühle stets und sorgfältig hinter einer oft hart erscheinenden Schale zu verbergen schien. Wenn das politisch-demokratische und humanistisch-nationale Leben sich seit 1945 unter so günstigen Voraussetzungen in unserem Grenzraum entfalten konnte, so ist, wenn man an die Schöpfer dieser Voraussetzungen einer wirklichen Entfaltung gemeinschaftlichen Lebens denkt, immer auch der Name

Grothusen zu nennen. Beeindruckt von seiner Sachkenntnis, erfüllt von seinem warmherzigen Interesse verließ man manche Besprechung im Haus an der Förde – und gerade dies ist es, dessen diejenigen bedürfen, die dann im Alltag mit den Instrumenten arbeiten sollen.

*Dr. H. P. Johannsen*

Am 22. Mai verstarb im 88. Lebensjahr nach langem Krankenlager der Ehrenbürger der Stadt Tönning und Mitbegründer des Grenzfriedensbundes

### PAUL DÖLZ

Als langjähriger Sekretär der Sozialdemokratischen Partei für die schleswigschen Kreise, als führender Kommunalpolitiker in Tönning und Landtagsabgeordneter war er mit dem politischen Geschehen im Norden unseres Landes aufs engste vertraut.

Als Vorsitzender des seinerzeitigen Grenzpolitischen Ausschusses der schlesw.-holst. SPD hat er maßgebenden Anteil an den Bemühungen um die nationale Entspannung gehabt.

Der Grenzfriedensbund hat mit ihm einen seiner Mitbegründer verloren.

### Generalkonsul Prof. Dr. Troels Fink im Ruhestand

„Sehr geehrter Herr Generalkonsul!

Die Jahreshauptversammlung des Grenzfriedensbundes 1975 dankt Ihnen für Ihre Grüße und dankt bei Ihrem Abschied aus Flensburg für Ihre in nachbarlichem Geiste geleistete Förderung unserer Bestrebungen seit vielen Jahren.“

So lautete der Dank, den die Jahresversammlung dem aus Flensburg scheidenden Generalkonsul Troels Fink telegraphisch übermittelte. Die knappe Formulierung läßt nur wenig von der Fülle des Gedankenaustausches ahnen, der zwischen dem scheidenden Konsul und Gelehrten Troels Fink und dem Grenzfriedensbund während fast eines Vierteljahrhunderts bei vielen Gelegenheiten stattfand. Der Unterzeichnete durfte während dieser Zeit als Vorstandsmitglied viele Gespräche mit Professor Fink führen, die sich in ihrer Gedankenführung für die kulturpolitische Arbeit unserer Organisation fruchtbar

auswirkten, weil sie bei voller Wahrung des eigenen Standpunktes auf beiden Seiten doch zu mehr gegenseitigem Verständnis führten und nicht selten bewirkten, daß Aufsätze aus der Feder des Gelehrten in den „Grenzfriedensheften“ erschienen. Einen besonderen Beitrag zu einer immer besser werdenden politischen Atmosphäre im Grenzraum erfuhren die Bemühungen des Flensburger Studienkreises (einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Grenzverein, dem Grenzfriedensbund und der bis 1973 bestehenden Flensburger Volkshochschule e.V.) im Jahre 1967, als Professor Dr. Troels Fink und der damalige Landesinnenminister Dr. Hartwig Schlegelberger, der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins, mit dem Unterzeichneten die Herausgeberschaft der d+d-Bücher übernahmen. In jener Zeit veranstaltete der Grenzfriedensbund (1970) eine Ausstellung, in der auch Bücher von Professor Fink sich fanden. Der Ausstellungskatalog verzeichnet folgende Charakterisierung:

„Troels Fink gehört zu jenen Historikern, die, geleitet von einem sicheren politischen Instinkt, die Erkenntnisse ihrer Forschung für eine Tätigkeit als Zeitgenosse nutzbar zu machen verstehen. Historiker wie er sind Persönlichkeiten im Sinne einer Formulierung Theodor Steltzers : ‚Zeitgenosse sein bedeutet daher, die Existenz- und Denkmöglichkeiten zu ermessen, die in der Menschengemeinschaft einer bestimmten Zeit liegen, um danach zu handeln.‘

Troels Fink ist ein Gelehrter, der die positivistische Methode der Forschung in fruchtbarer Weise mit einer ideengeschichtlich geprägten Betrachtung der Welt, in der er Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen zu übernehmen bereit ist, verbindet.“

Diese Sätze mögen hier noch einmal ihren Platz als Ausdruck des Dankes und des Respektes finden.

*Dr. H. P. Johannsen*

\*

**Gerhard Schmidt neuer Vorsitzender des BdN**

Gerhard Schmidt, ein Enkel Schmidt-Wodders, des Führers der deutschen Nordschleswiger nach der Abstimmung 1920, wurde am 23. Mai vom Hauptvorstand des BdN zum Nachfolger des auf eigenen Wunsch ausscheidenden Harro Marquardsen zum Hauptvorsitzenden gewählt. Harro Marquardsen zum Hauptvorsitzenden gewählt.

„Der Nordschleswiger“ schrieb zur Wahl Gerhard Schmidts: „Gerhard Schmidt steht – und das ist ihm natürlich klar – vor keiner beneidenswerten Aufgabe. Er braucht Zeit, um sich selbst als Hauptvorsitzender profilieren zu können, um den Schatten eines Harro Marquardsen loszuwerden. – Schmidt wird sicherlich vor

allem daran gemessen werden, wie es ihm gelingt, eine sowohl zentrale als auch vermittelnde Führungskraft zu werden, wie es Harro Marquardsen im Stile einer Vaterfigur viele Jahre gewesen ist. Als erfahrener Kommunalpolitiker in Gravenstein bringt Schmidt die für dieses Amt erforderlichen Verhandlungsfähigkeiten mit, aber wichtiger wird für ihn in der kommenden Zeit sein, wie er die Basis der Volksgruppe anzusprechen in der Lage ist.

Zu einem Zeitpunkt, da die parlamentarische Vertretung in Kopenhagen trotz des insgesamt erfolgreichen CD-Bündnisses noch keine Dauerlösung gefunden hat, und zu einem Zeitpunkt, wo manche Mitglieder der Volksgruppe politisch bei Folketings-, Amtrats- und Kommunalwahlen mehr oder weniger mit Mogens Glistrup liebäugeln, wird Gerhard Schmidt an der Basis wirksam werden müssen, um die Vorstellungen des Bundes deutscher Nordschleswiger besser an den Mann bringen zu können.“

\*

#### Gerd Lausen neuer Vorsitzender der ADS

Auf der Jahresmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) am 11. Juni wurde anstelle des wegen Krankheit ausscheidenden langjährigen Vorsitzenden Wilhelm Müller der schleswig-holsteinische Finanzminister Gerd Lausen zum Vorsitzenden gewählt. Wilhelm Müller wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt.